

Volksstimme

Einzelpreis 25 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für den Inhalt: Wilhelm Bindig, Magdeburg. — Druck und Verlag von E. Mannich & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 2. — Fernsprechnr. 1111. — Für Interate 1927 für die Redaktion 1794, für den Verlag u. die Druckerei 961. Postzustellungsstelle 1. Nachtrag, Seite 17.

Wozugpreis: Vierteljährlich einchl. Postgebühr 12,00 Mk., monatlich 4,00 Mk. Beim Abholen vom Verlag und bei Ausgabestellen vierteljährlich 11,50 Mk., monatlich 3,85 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 12,00 Mk., monatlich 4,00 Mk. ohne Postgebühr. Einzelne Nummern 25 Pf. — Anzeigengebühren: die angegebene Normalzeile 1,00 Mk. im Restametzelle 1,50 Mk. Berechnungsort: Magdeburg. — Anzeigen-Abdruck geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. Postfachkonto: Nr. 5368 Berlin.

Nr. 84.

Magdeburg, Sonnabend den 10. April 1920.

31. Jahrgang.

Ein Lichtstrahl.

In den gleichen Tagen, in denen die Welt von neuem das Schauspiel erleben muß, wie ein von Haß und Mißtrauen erfüllter Sieger 17 Monate nach Einstellung der Feindseligkeiten unter heuchlerischen Vorwänden militärische Aktionen gegen wehrlose deutsche Städte unternimmt, kommt aus der italienischen Hauptstadt eine Kunde, die geeignet ist, die Hoffnung auf einen wirklichen Frieden zwischen den Völkern dennoch aufrechtzuerhalten.

Der deutschösterreichische Staatskanzler, Genosse Renner, ist zum offiziellen Besuch der italienischen Regierung in Rom eingetroffen, er ist respektvoll und sogar freundlich — nicht allein von den Behörden, sondern auch von der Bevölkerung — begrüßt worden. Auf dem Dache des Hotels, in dem er abgestiegen ist, weht neben der italienischen Tricolore die deutschösterreichische Flagge rotweißrot — mitten in Rom!

Im italienischen Volk ist der Haß gegen den früheren unmittelbaren Feind, Oesterreich, längst verfliegen. Die Gefühle der Italiener Deutschland gegenüber zeigen ebenfalls keine Spur von Erbitterung mehr. Das ist zum großen Teil das Verdienst der sehr rührigen und mächtigen italienischen sozialistischen Partei. Diese ist es gewesen, die als erste sich zum Anwalt des hungernden deutschösterreichischen Volkes gemacht hat. Seit dem vorigen Herbst erlebt man, daß italienische Städte Tausende von unterernährten Wiener Kindern übernommen haben, um die Folgen der mörderischen Blockade wieder gutzumachen. Die italienische Regierung hat sich bald darauf an dieser Rettungsaktion offiziell beteiligt. Der gegenwärtige Empfang des Genossen Renner in Rom ist nun eine prächtige Bestätigung dieses verständlichen und hilfsbereiten Geistes.

Warum ist eine solche Versöhnung zwischen Italien und Oesterreich möglich und zwischen Frankreich und Deutschland nicht? Ist denn während des Krieges die italienische interventionistische Presse auch nur um einen Grad gemäßigter gewesen als die französische? Ist nicht der Haß Italiens gegen Oesterreich während des Krieges ebenso fürchterlich gewesen, wie der Deutschenhaß in Frankreich? Sind nicht verhältnismäßig ebenso viel Italiener gefallen und zu Krüppeln geschossen worden wie Franzosen, gibt es nicht auch in Italien Hunderttausende von Kriegswitwen und -waisen? Warum ist keiner dieser Hinterliebener auf den Gedanken gekommen, den österreichischen Staatsmann mit Gejohle oder mit Steindwürfen zu empfangen, wie dies unfehlbar geschähe, wenn das deutsche Staatsoberhaupt nach Paris reisen würde?

Die Erklärung dieses auffallenden Gegensatzes liegt offenbar darin, daß große Massen des italienischen Volkes sich aus dem Wahn der kapitalistischen Presse und der imperialistischen Gedankengänge befreit und sich der Sozialdemokratie zugewandt haben, während in Frankreich die sozialistische Bewegung zurückgeworfen worden ist und die dortige nationalistische bürgerliche Presse nach wie vor die Bevölkerung weiter vergiftet. Dieser gewaltige Unterschied spiegelt sich auch in den Ministerpräsidenten beider Länder wider: Italien wird von dem klugen, vorausschauenden Mussolini geleitet, der in jedem Regierungsakt Rücksicht auf die Sozialisten nehmen muß, Frankreich dagegen von dem haßerfüllten Nachfolger Clemenceaus, dem demagogischen, engherzigen, nur auf Augenblickserfolge bedachten Millerand, dem Sieger von Frankfurt a. M., der die Sozialisten nicht zu beachten braucht.

Wann wird auch das französische Volk sich von seinen Gegnern befreien und, dem italienischen Beispiel folgend, den Weg der Versöhnung beschreiten? —

Der Staatsstreich in Bayern.

Im Anschluß an die von der „Münch. Post“ veröffentlichten, unsern Lesern bekannten „Dokumente der Konterrevolution“ schreibt unser Münchner Mitarbeiter:

Die Enthüllungen der „Münch. Post“ haben in den Reihen der Kappisten und der die Landesregierung Kapp-Matt stützenden Parteien die Wirkung eines Voltstreffers ausgeübt. Berstoben ist nun die noch vor 8 Tagen bei der politischen Aussprache im Landtag so feierlich gesprochene Legende der „Korrektheit“ des bairischen höchstkomman-

dierenden Generals v. Mähl. Denn: entweder war ihm bekannt, was in der bairischen Reichswehr vor sich ging, dann entpuppt er sich als der hinter den Kulissen den Staatsstreich leitende Regisseur, oder — ein undenkbarer Fall — er wußte nichts von den Vorbereitungen so vieler Verschwörer, dann hat er sich als gänzlich unfähig bewiesen für einen so verantwortungreichen Posten. Mähl dürfte also erledigt sein.

Doch, wenn der Mantel fällt, muß auch der Herzog nach. Das ist in diesem Falle die „neutrale“ Regierung des Zentrums und der Demokraten. Sie ist aus dem Staatsstreich geboren und wäre ohne ihn nie ins Leben getreten. Eine derartig belastete Regierung ist

nicht geeignet, die Wahlen zu „machen“.

Nach Ablauf der Osterferien wird daher eine neue politische Aussprache im Landtag unvermeidlich sein, wenn der der Zentrumsfraktion beigetretene protestantische Ministerpräsident v. Kahr nicht aus Heiligkeitseifer — er firmiert als unparteiischer Bureaucrat — nicht vorzieht, schon vorher zu verschwinden. Die mit schwerem Herzen der neuen Koalition beigetretenen Demokraten befinden sich in einer sehr heißen Situation. Sie müssen, wenn sie sich nicht des letzten Restes ihres demokratischen Ansehens entäußern, auf eine amtliche Untersuchung gegen die in den „Dokumenten“ genannten Verschwörer dringen, wie das ihre Presse im Gefühl der Ueberraschung und Verlegenheit bereits fordert. Das Resultat dieser amtlichen Untersuchung, die durch einen parlamentarischen Ausschuss vorgenommen werden muß, kann auf keinen Fall den Bestand der Koalition und der Regierung stützen.

Dazu ist der Fall Heim zu wichtig. Dieser zum „Geheimen Defonometrat“ emporgelletterte ehemalige Reallehrer und jetzige Abgeordnete erscheint durch die „Dokumente“ als ein vollendeter politischer Verwandlungskünstler. Wer den Mann kennt, wird nicht überrascht, aber die in Bayern besonders zahlreiche Klasse der politischen Klüppel könnte nun sehend werden, wenn — sie wollte. Heim hat mit den Staatsstreichtlern konspiriert, sich zur Übernahme der Regierung bereit erklärt, nach dem Mißlingen des Berliner Putsches jedoch in München den Boden zu wenig geerntet gefunden, um die Regierung zu übernehmen. Die „Bayerische Volkspartei“ hat 3 Tage im Landtag mit ihm verhandelt und ist nun durch dieses Chamäleon aufs schwerste kompromittiert. Selbst in Bayern, wo zentriert die Demagogie immer Verständnis und Gefolgschaft findet, dürfte es dem Heim doch schwerfallen, seinen Partikularismus mit dem auf Gemeinschaft mit den Verschwörern in Preußen aufgebauten „Organisationsplan“ in Einklang zu bringen.

„Der starke Teil Bayerns“, heißt es in dem von den Verschwörern unterzeichneten C-Dokument, „hat sich entschlossen mit Preußen zusammenzufinden, da er in einem vereinigten Deutschland das starke Deutschland sieht. Um diesen Glauben zu erhalten, ist es heiligste Pflicht Preußens, mit starker Hand die Führung festzuhalten.“

Aber nicht nur der preußenfreundliche bayerische Partikularist, auch der „deutsche Mann“ ist durch den nun dokumentarisch beglaubigten Versuch des Hoch- und Landesverrats, begangen in den Verhandlungen mit Frankreich, unter die Räder gekommen. Die von dem Geheimen Defonometrat mit Vorliebe in öffentlichen Versammlungen beliebten antisemitischen Anklagen bilden außerdem kein Hindernis für die Zusammenarbeit mit jüdischen Aufsichtsräten in der Scheidemann-Delegation und das Eintreten von Lantienem aus „berjudeten“ Geschäften. Daß Menschen wie Heim, Schlittenbauer u. a. in Bayern eine politische Rolle spielen können, ist leider der schlagende Beweis für die politisch-geistige Minderwertigkeit Altbayerns, dieser deutschen Wende. Unsere Aufgabe wird es sein, politische Ganzwürste mit hochverräterischem Gehären unschädlich zu machen, auch wenn sich kein Staatsanwalt findet, der die großen Staatsverbrecher ebenso behandelt wie die kleinen. —

Die Wehr der Republik.

Die Reichswehr darf so, wie sie augenblicklich organisiert ist, nicht weiter bleiben. Wie ist nun die durch das Versäulen Diktat uns allein gestattete Reichswehr zu gestalten und zu organisieren, damit sie keine unmittelbare Gefahr für die Republik bildet, zu deren Schutze sie bestimmt ist?

Jeder, der Soldat gewesen ist, weiß, welche bestimmten Einfluß der Führer auf das Verhalten der ihm unterstellten Truppen ausübt: wes Geist die Führer, des Geistes die Geführten! In ganz besonders hohem Maße gilt das von einem Söldnerheer, zumal wenn das Angebot groß und die Bezahlung gut ist.

Daß es noch diensttuende Offiziere gab, die sich offen zur Monarchie bekannten, war ein Unikum. Daß man diesen Zustand ertrug, war ein Verhängnis. Ein Verbrechen wäre es, die Sicherheit der Republik auch weiterhin solchen Offizieren anzuvertrauen. Darum: es gehören andre Führer an die verantwortungsvollen Stellen.

Aber wo die finden? Man komme mir nicht mit dem Einwand, daß sich kein Ersatz für unsere höheren Führer schaffen ließe. Unsere Reichswehr war bisher nichts als ein Abklatsch unserer früheren Heeresorganisation. Aus jeder Charge eine gewisse Auslese, die blieb. Das mag in der Not der Novembertage, wo es galt, aus Zusammengebrochenem Neues zu schaffen, begründet gewesen sein; eine schwere Unterlassungssünde aber war es, diese Gefahr über die Übergangszeit hinaus mit in die spätere Zeit zu übernehmen. Man reduziere daher die Offiziers der Zahl nach auf ein Minimum. Es gibt noch eine große Zahl „Ueberzählige“, die nur den Etat belasten und die klare Gliederung erschweren. Vor allen Dingen aber habe man

den Mut zum Neuen!

Warum nimmt man nicht jüngere Offiziere, die die Gewähr für kluges und einwandfreies Verhalten bieten und sehr tie auf die hohen und höchsten Stellen? Unsere Reichswehr kann nichts anderes sein als eine Schutztruppe nach innen; als militärischer Machtfaktor kommt sie nicht in Frage. Als Qualifikation für einen Führerposten ist deshalb weniger strategische Ausbildung und „Feldherrnkunst“ entscheidend, als Energie und Zuberlässigkeit für republikanische und demokratische Gesinnung. Die jetzigen Führer verfügen nicht über diese Qualifikation. Sie können es nicht, und können es um so weniger, je älter sie sind und je länger sie in den Traditionen gelebt haben, die unserer jetzigen Staatsordnung diametral gegenüberstehen. Führerqualitäten erwirbt man aber nicht in langer und längster Dienstjahren, Führerqualitäten sind im wesentlichen angeboren. Für uns ist es jetzt eine Lebensfrage, klare und eindeutige Führer in den entscheidenden Stellen zu haben.

Darum begnüge man sich jetzt nicht wieder, wie es allem Anschein nach wieder beabsichtigt wird, mit einer Auslese, ängstlich bedacht auf Wahrung der Anciennität, sondern setze

republikanische Offiziere,

auch wenn sie noch nicht im Dienst ergrannt sind, in die Stellen der Stabsoffiziere und Generale. Hat man erst die wichtigsten und entscheidenden Führerstellen mit republikanischen Offizieren besetzt, für deren Auswahl z. B. der republikanische Führerbund vielleicht ein großes Kontingent stellen könnte, und selbständige, tüchtige Unteroffiziere in noch größerer Zahl als bisher zu Offizieren befördert, wird man eine Truppe haben, die selbst in gefährlichsten Augenblicken für unser neues Deutschland ein starker, zuverlässiger Schutz sein wird.

Noch ein Weiteres. Es darf in Zukunft auch nicht mehr vorkommen, daß ein Militärbefehlshaber die oberste Kommandogewalt ausübt. Das Militär muß gerade in Zeiten der Gefahr der zivilen Gewalt, z. B. dem Oberpräsidenten, unterstellt sein. Dazu ist erforderlich, die Reichswehr räumlich der Verwaltung analog zu gliedern, also vor allem provinzielle Verbände zu schaffen, die im Augenblick der Gefahr automatisch

unter die Befehlsgewalt des Oberpräsidenten

treten, unter Beibehaltung selbstverständlich ihres militärischen Befehlshabers. Dann kann das Notstandsfind, „Reichskommissar“ genannt, in Wegfall kommen. Regeln ließe sich die Uebertragung dieser Machtbefugnisse in dem

In Absatz V des Art. 48 der Reichsverfassung in Aussicht gestellten Reichsgesetz. Vorbedingung ist selbstverständlich, daß der Oberpräsident, dem so weitgehende Vollmachten erteilt werden, unbedingt und unbeeinträchtigt auf dem Boden der Republik steht. Daß aber in Zeiten der Gefahr die Zentralgewalt in Berlin unter Umständen versagen muß, weil naturgemäß bei allen Wutausbrüchen versucht werden wird, zuerst die Reichsregierung matt zu setzen, dürfte nicht liberalkräften, sondern beweist nur die Notwendigkeit, die Regierungsgewalt im angegebenen Sinne in Zeiten der Gefahr zu dezentralisieren.

Sollte man es aber nicht bei Untersuchungen und Erwägungen, begnüge man sich nicht mit Halbheiten: die Kapp und Genossen möchte ich sehen, die es wagen würden, einen so elastisch geliebten Staatsorganismus ihren Zwecken dienstbar machen zu wollen. Hat auch der einmütige Wunsch des gesamten Volkes den Schlag glänzend, wenn auch unter schwersten Opfern, pariert, so war die Erschütterung für den Volkskörper doch so groß, daß wir alles daransetzen müssen, um den Herrschenden den Mut zu verbrecherischen Staatsstreichen für immer zu nehmen.

Darum: schlennt es ans Werk, ans durchgreifende, Mut zum Neuen! Es geht um die Wehr der Republik! —hk—

Uebermut von Offizieren.

Der Hamburger Senat hatte einen Steckbrief gegen den Oberst Wangenheim erlassen, der in den Tagen des Märzputsches Senat und Bürgerwehr für aufgelöst erklärt und im Namen von Kapp in Hamburg eine Militärbrigade zu errichten versuchte. Daraufhin wurde Wangenheim in Berlin verhaftet, aber auf Veranlassung des Generals v. Weber, Brigade 9, wieder freigelassen, da er den Steckbrief des Hamburger Senats nicht anerkenne, obwohl ihm bekannt sein mußte, daß die Hochverräter durch Gesetz der Nationalversammlung den bürgerlichen Gerichten überantwortet sind.

Der Generalstabschef und Mitgeschädigte des Wangenheim, ein Major v. Sydow, sieht nach wie vor im Generalstab in Schwerin, obwohl Regierungskommissar Genie sich dieserhalb ans Reichswehrministerium gewandt hat. Die Untersuchung gegen die am Umsturz in Hamburg beteiligten Offiziere wird von dem Hamburger Garnisonältesten Oberst Banfi ohne jede Sünzugziehung von Zivilbeamteten durchgeföhrt.

Die in Wilhelmshaven aus der Schutzhaft entlassenen Offiziere fühlen sich wieder stark und beginnen unter den Truppen eine bedenkliche Agitation, die leicht zu großem Unglück führen kann. Das Stationskommando dürfte zu scharfen Gegenmaßnahmen gezwungen werden, wenn die Offizierswühlereien in der Truppe in dieser Weise fortgesetzt werden. Der Reichsregierung ist Mitteilung gemacht worden.

Unser Parteiorgan in Halle, die „Volksstimme“, bringt in ihrer Donnerstagsausgabe eine Fortsetzung der vor einer Woche begonnenen Veröffentlichung von Geheimdokumenten über die Vorbereitungen zum Kapp-Putsch. Schwer belastendes Material wird gegen mehrere bekannte Militärs vorgebracht, darunter auch gegen den bayrischen Obersten v. Epp, der nach unwillkürlichen Verweisen aus den Dokumenten ein Hauptakteur unter den sogenannten „Köpfen“ der Putschzentrale war und nach gegläcktem Putsch als Kommandeur des 1. N.-St. in Bayern in Aussicht genommen war.

Im Ruhrgebiet ist Oberst v. Epp jetzt noch Führer der bayrischen Reichswehr. Seine Truppen haben sich bereits durch Ausschreitungen äußerst unbeliebt gemacht. Die Regierung ist bereits auf diesen Herrn eindringlich aufmerksam gemacht. Auf Grund der ihn belastenden Dokumente gehört dieser Mann zu den des Hochverrats dringend Verdächtigen. Er muß seines Postens sofort enthoben werden.

Nur in Kiel ist es endlich geglückt, die Offiziere völlig auszuscheiden. Nach einem Telegramm des Reichskommissars Genossen Dr. Köster wird das Gouvernements Kiel nicht dem Reichsgruppenkommando Schwerin unterstellt, sondern die vollziehende Gewalt, die bisher der Militärbefehlshaber innehatte, wird vielmehr an den Oberpräsidenten übergehen. Für den ehemaligen Gouvernementsbereich Kiel tritt an die Stelle des Oberpräsidenten Kückbis der bisherige Gouverneur Genosse Garbe, der damit eine für Kiel selbständige Stelle erhält.

Damit ist die Militärherrschaft wenigstens für Kiel beseitigt. Aber es muß auch an andern Orten dafür gesorgt werden, daß die Offiziere, die auf das geltende Gesetz pfeifen, schlenntigst beseitigt werden. —

Was geschieht gegen die Hochverräter?

Noch erfreuen sich Kapp und Lüttich, Kundendorff und Bauer und wie sie alle heißen, trotz Steckbriefs und Haftbefehls der goldenen Freiheit. Bei lieben Freunden, Verwandten und Bekannten auf den großen Mitteltütern in Ostpreußen, Pommern und Mecklenburg scheint es ihnen bei kräftiger Kost und guter Unterhaltung nicht schlecht zu gehen. Mit Ausnahme von einigen Generalen, die entlassen wurden, befinden sich noch Hunderte von hochverräterischen Offizieren in Amt und Würden. Sie stehen wieder auf dem berühmten Boden der Lakazien und spinnen im geheimen Ränke, um diesen Lakazien eine neue Grundlage zu geben. Wo man, wie z. B. in Wilhelmshaven, gegenrevolutionäre Offiziere festgesetzt hat, werden sie dank der Güte des Reichsministers unter Berufung auf eine Entscheidung des Reichsmilitärgerichts wieder freigelassen. Im Gegensatz dazu werden überall im Reich Offiziere und Mannschaften, die ihrem Eide treu geblieben sind, von den Hochverrättern zur Verantwortung gezogen, aus der Reichswehr entlassen und oben- und unten noch mit Freiheitsstrafen belegt.

Wie lange soll diese Umkehrung jeder Gerechtigkeit noch andauern? Wir verlangen vom Reichswehrminister, daß er mit aller ihm zu Gebote stehenden Energie sich bestreht, diese himmelschreienden und einer demokratischen Republik unwillkürlichen Zustände zu beseitigen. Wer Hochverrat begangen hat, muß rückwärts, ohne Rücksicht auf Name und Rang, bestraft werden. Die treuen Stützen der Republik aber gehören in die Reihen der Reichswehr und in den Verwaltungskörper.

So und nicht anders muß mit aller Ehnlichkeit gehandelt werden. So nur verhindert man einen neuen Anschlag der Reaktionäre auf die Republik und so nur festigt man das Vertrauen des Volkes zur Regierung. So aber auch nur ist es möglich, die Massen für den Kampf und die Erhaltung der Demokratie und der Republik zu gewinnen.

Die Einwohnerwehren aufgelöst.

Die Entente will Deutschland vollkommen demütigen. Sie fordert deshalb in einer Note, die der französische General Nollet als Präsident der alliierten Kontrollkommission der deutschen Regierung überreichte, daß die Einwohnerwehren, trotzdem sie sich mit dem Charakter ziviler Organisationen zu umkleiden versuchen, nicht mehr gestattet werden. Welches aus deren Rolle für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern sein möge, so sei es nicht minder klar, daß ihre Bewaffnung, Eingliederung und Stärke die Mobilisation beeinträchtigt, die durch den Friedensvertrag verboten sei. Infolgedessen ständen die Einwohnerwehren im Widerspruch zu den Artikeln 166, 168, 175, 177, und 178 des Friedensvertrags. Die interalliierte Kontrollkommission teilt namens der alliierten Mächte weiter mit, daß der 10. April, an welchem Tage die Verminderung der deutschen Truppe auf 200 000 Mann beendet sein soll, als äußerste Grenze für die Ausführung der Entscheidung vom 1. Dezember v. J. bestimmt ist.

Auf Grund dieser Note hat der Reichsminister des Innern den deutschen Landesregierungen folgendes mitgeteilt:

Wenn auch die Ausführungen der Note, die von dem militärischen Charakter der Einwohnerwehren sprechen, zum größten Teil auf unzutreffenden Voraussetzungen beruhen, so sieht sich die Reichsregierung zu ihrem Bedauern doch nach Lage der Verhältnisse gezwungen, von erzwungenen ausrichtslosen Gegenvorstellungen abzulehnen und die Regierungen der Länder zu ersuchen, die Ausführung des Verlangens alsbald in die Wege zu leiten. Andererseits aber muß anerkannt werden, daß die Verhältnisse sich infolge der letzten Ereignisse vielerorts so verwickelt haben, daß es heute mehr denn je unumgänglich ist, der Bevölkerung den Selbstschutz zu verweigern. Auch wird in den Städten die Mächtigkeit auf die großen vorhandenen öffentlichen Vorräte und wirtschaftlichen Werte sowie auf dem Lande die Sorge für die Erhaltung der Nahrungsmittel zu der Prüfung nödigen, wie die erforderliche Sicherung gewährleistet werden kann. Es wird deshalb anbegehrt, dort, wo ein genügender Schutz durch Reichswehr, Sondereinheiten und andere Polizeiorganisationen nicht gegeben ist, gleichzeitig einen Erlaß durch eine nach den örtlichen Verhältnissen zu gestaltende anderweitige Schutzorganisation zu suchen. Hierbei ist genau darauf zu achten, daß jeder Anzeichen vermieden wird, der auf Vertreibung der in dem Schreiben des Generals Nollet angeführten Bestimmungen des Friedensvertrags schließen lassen könnte. Insbesondere ist die Bewaffnung mit Militärwaffen, die nach dem Friedensvertrag abzuliefern sind, unzulässig, und es ist auf eine andere Art der Bewaffnung Bedacht zu nehmen. Jede militärische Leistung ist unter allen Umständen zu unterlassen. Auf eine erweiterte Beziehung aus Kreisen der arbeitenden Bevölkerung wird, von diesem bisher nicht gesehen ist, besonders Bedacht zu nehmen sein.

Das preussische Staatsministerium hat bereits beschlossen, die Einwohnerwehren auszulösen. Im Anschluß an den hierauf bezüglichen Erlaß der Reichsregierung sind die Oberpräsidenten entsprechend angewiesen worden. —

Millerands Ruf.

Der französische Ministerpräsident hat eine lange Note nach Berlin geschickt. Die Adresse ist mit Absicht falsch gewählt. Das Schriftstück richtet sich weniger an Deutschland, als an die Alliierten, um sie zu bewegen, den französischen Sieg über den Maingau zu billigen.

Zu diesem Zwecke werden die abenteuerlichsten Behauptungen aneinander gereiht. Das Vorrücken ins Anhrrevier soll noch von Kapp befohlen worden sein; folglich handle es sich um einen Akt des alten militärischen Regiments. Dieser Versuch, Frankreich zu bedrohen, müsse mit den schärfsten Mitteln zurückgeschlagen werden.

Wir müssen abwarten, ob diese lächerliche Ansrede bei Frankreichs Alliierten verfangen wird: Eine läppische Ungeheuerlichkeit des deutschen Unterstaatssekretärs Saniel gibt Millerand den formalen Vorwand für eine Rechtfertigung. Saniel ist derjenige, der bei Frankreich um die Erlaubnis zum Einmarsch gebeten hat, anstatt sich an den Obersten Rat und die Wiedergutmachungskommission zu wenden. Millerand nützt diesen Fehler als Kräftigste aus.

Im übrigen ist seine Note zu den Akten zu legen. Es bleibt lediglich der französische Gewaltakt übrig, und der wird wirken. In Deutschland wie überall dort, wo noch verständige Menschen wohnen, die den Wunsch hegen, daß sich die deutsche Demokratie und Republik beseitigen mögen.

Die Valuta steigt.

Die bereits kurz vor dem Kapp-Putsch begonnene Besserung der deutschen Valuta hat sich seit Niederschlagung des Aufstandes in kräftigem Maße fortgesetzt. Hand in Hand hiermit geht eine bedeutende Preisermäßigung für die ausländischen Devisen. Die Gründe für die weitere Erholung des Marktkurses dürften einmal darin zu suchen sein, daß, nachdem einmal die hohen Devisenkurse ins Wanken geraten sind, sich allgemein in Kaufmannskreisen eine starke Zurückhaltung beim Ankauf neuer Waren zeigt, so daß sich die Einkaufstätigkeit seit einiger Zeit ganz bedeutend vermindert hat. Verhängt wurde der Rückgang der ausländischen Wechselkurse aber auch dadurch, daß die früher in großen Mengen spekulativ gehandelten ausländischen Zahlungsmittel jetzt bei den weitestgehenden Preisen dieser Devisen in großen Mengen auf den Markt geworfen werden.

Die Entwicklung der fremden Wechselkurse, deren Abwärtsbewegung am 1. März begonnen hat, und die nur eine Zeitlang

während des Kapp-Putches unterbrochen wurde, veranschaulicht die nachstehende Tabelle. Es wurden gegolft in deutscher Mark für:

	8. April	13. März	10. März	27. Januar
Holland	100 Gld. = 2175	2097	2697	4196
Dänemark	100 Kr. = 1100	1218 1/2	1248.75	1698.50
Schweden	100 Kr. = 1200	1548 1/2	1548.50	1998
Norwegen	100 Kr. = 1150	1318 1/2	1323.50	1848
Finnland	100 M. = 320	429.60	400.10	—
Schweiz	100 Fr. = 1080	1378 1/2	1273.75	1798
Spanien	100 Ptas. = 1075	1448 1/2	1323.75	1848
Amerika	1 Doll. = 58.25	82.40	74.90	—
Belgien	100 Fr. = 415	634.40	604.40	—
England	1 Pfd. Sterl. = 245	299.70	279.70	—
Frankreich	100 Fr. = 359.50	683.90	564.40	—
Italien	100 Lire = 245	449 1/2	399.60	—

Es zeigt sich also, daß Auszahlung Holland sich seit Ende Januar um nicht weniger als 2000 Mark für 100 Gulden ermäßigt hat und daß auch die übrigen fremden Devisen, wenn auch nicht in so starkem Umfang, im Laufe zurückgegangen sind. Umgekehrt zeigen die Markkurse im Ausland seit einiger Zeit eine merkliche Steigerung, deren Umfang sich an der nachstehenden Zusammenstellung ermessen läßt:

	27. 1.	11. 3.	13. 3.	15. 3.	16. 3.	20. 3.	22. 3.	8. 4.
Stockholm (Dere)	5.40	7.25	6.25	6.25	6.25	6.40	6.10	7.90
Kopenhagen (Dere)	7.00	9.50	8.40	7.50	8.00	7.75	7.50	—
Amsterdam (Gents.)	2.67 1/2	3.90	3.20	2.35	3.75	3.425	3.375	4.60
Zürich (Sappen)	6.25	8.05	7.10	6.25	7.35	7.40	7.20	9.10

Während der Tage des Kapp-Putches kam es zu einem Rückgang des Marktkurses im Ausland, und im Zusammenhang hiermit zogen die im freien Verkehr umgesetzten ausländischen Devisen kräftig an. Im Vergleich zu dem Tage des Tiefstandes der deutschen Mark, dem 27. Januar, sind die erzielten Kursbesserungen für die Mark, wie sich zeigt, ganz beträchtlich. —

Die Tangermünder Tragikomödie.

Dem „Tangermünder Anzeiger“ entnehmen wir noch einige bemerkenswerte Einzelheiten aus der 24stündigen Herrscherzeit der Kommunisten.

Ueber Nacht hatte sich eine kommunistische „Regierung“ die Macht angeeignet, gestützt auf eine „Note Armee“, die sich ebenfalls in der Nacht in aller Stille gebildet hatte. Da es an Waffen fehlte, eignete man sich die im alten Rathaus unter Verhüllung gehaltenen Waffen der Einwohnerwehr an. Der Geschäftsführer der Wehr, Winter, wurde aus dem Bette geholt und gezwungen, das Waffenlager zu öffnen. Dann schleppte man sich in den Besitz von Gewehren. Die Genossen Brandenburg und Rosenbruch sowie Gerichtsassessor Spangenberg, der infolge seiner richterlichen Tätigkeit bei manchen der Putschisten in Ungnade gefallen war, wurden in das Amtsgerichtsgefängnis gesteckt. Vorübergehend holte man noch einige andre Bürger nach der Wache, um sie nach einigen Stunden wieder zu entlassen. Selbstverständlich durfte auch die Polizei nicht mehr tätig sein, die Nachtbeamten wurden entwaffnet und ihres Amtes enthoben, auch die Fabrikwehr wurde entwaffnet und die 5 Mann starke Besatzung des im Hafen liegenden Wasserpostbootes im Schlaf überumpelt und ihrer Waffen (darunter ein Maschinengewehr) beraubt.

Im Stadthaus hatte der Vollzugsrat Quartier genommen, der durch Maueranschläge folgendes bekanntgab:

Arbeiter! Proletariat! Die Mieselfelder Beschäfte, die Ruhe und Ordnung der deutschen Wirtschaft im Ruhrgebiet bringen sollten, sind von dieser Regierung von General Maerckers Gnaden durchbrochen worden. Man hat die Bergarbeiter belogen und betrogen. Die Mauerarbeiter der Kapp-Lüttich und Konjorten, die die Bergarbeiter schon geschlagen hatten, durchziehen das ganze Ruhrgebiet und verüben die schrecklichsten Grausamkeiten. Der weiße Terror wütet, zu Hunderten werden Bergarbeiter ermordet und abgeschlachtet. Alles, was die bürgerlichen Kreise berichten, ist Lug und Trug.

Arbeiter, Arbeiterinnen Tangermünde! Müht ihr dieses mitansehen! Wollt ihr, daß man eure Arbeitsbrüder ermordet! Müht ihr es verantworten, daß man unschuldige Frauen und Kinder abschachtet! Erhebt euch einmütig! Für diese Regierung darf kein Handschlag mehr geschlossen werden. Auf zum Generalstreik! Entampt euch den Sozialismus-Kommunismus! Kämpft für die Diktatur des Proletariats! Kämpft für die Weltrevolution!

Proletariat, Arbeitgenossen! An euch liegt es jetzt, den Endkampf zu durchzuführen. Jedermann an seiner Stelle hat jetzt zu kämpfen!

Das Exekutiv-Komitee der revolutionären Arbeiter.

Ferner wurde durch einen der Führer der Bewegung durch Ausruf und später durch Maueranschläge das folgende bekanntgemacht:

- Bekanntmachung.**
- Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Tangermünde werden folgende Bestimmungen erlassen:
 1. Von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens ist jeder Verkehr auf der Straße untersagt. Personen, welche ohne Ausweis angetroffen werden, werden verhaftet.
 2. Luftbarkeiten aller Art sind verboten.
 3. Klünderungen werden wir unmissverständlich bestrafen.
 4. Waffen aller Art sind bis Donnerstag mittag im alten Rathaus abzugeben. Der Vollzugsrat.

Die „Note Armee“ fand einigen Zulauf, zumal in einer auf dem Marktplatz gehaltenen Ansprache jedem Mitgliede täglich 15 Mark Wohnung und freie Verpflegung versprochen war. Im Laufe des Tages kam es noch zu weiteren Verhaftungen von Geiseln: Polizeiwachmeister Pootz, Meldeamtssekretär Bremer, erster Bürgermeister Dr. Naarr, Stadtrat Mehr, Fabrikdirektor Dr. Meher, Fabrikinspektor Casse, Fabrik-ausscher Peltner, Fabrikföhner Schurek, Bankvorsteher Menzendorf. Alle wurden ins Amtsgerichtsgefängnis unter Verwahrung von Notargenossen gesteckt, nachdem sie teils unter Bedrohung mit der Waffe, aus ihrer Wohnung geholt waren. Auch die auf der Straße sich ansammelnden Einwohner wurden mehrmals mit der Waffe bedroht worüber die besonnene Arbeiterschaft ebenso erobert war, wie über die gewalttätige Abhaltung von der Arbeit. Requisitionen sind, soweit bekannt, nur vereinzelt vorgenommen worden.

Um 6 Uhr versammelte sich die „Note Armee“, etwa 150 bis 200 Mann, auf dem Marktplatz, um gegen 7 Uhr, nach einer anfeuernden Ansprache des Führers, in drei Abteilungen aus der Stadt zu marschieren, dem Militär entgegen, denn es war dem Vollzugsrat von Stendal aus ein Ultimatum gestellt worden, die Geiseln und insbesondere den Zivilkommissar Abgeordneten Brandenburg wieder frei zu lassen, andernfalls Reichswehrtruppen anrücken würden. In der Stadt herrschte man nun der Dinge, die da kommen sollten. Auf eine recht aufregende Nacht war man gefaßt. Doch niemand wurde aus dem Schlafe gestört.

Im Morgen fand man die Straßen leer, den Marktplatz und das Rathaus von „Noten Soldaten“ verlassen und das Stadthaus frei von Maschinengewehren. Dagegen lagen im alten Rathaus die Waffen wüst durcheinander, andre Waffen und Munition fand man vor der Stadt im Freien und in Gärten umherliegen. Ueber Nacht hatte sich die „Note Armee“ wieder aufgelöst, sich der Waffen entledigt, die Führer waren unsicher, und viele der Militärführer waren dahinter gekommen, daß sie sich zu einem vollkommen unsinnigen Streich hatten brauchen lassen.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 9. April 1920.

Der Mut zum Aufbau.

Es wird sehr viel geschrieben vom Aufbau, vom Mute zur Tat, von der Notwendigkeit, zu arbeiten mit allen Kräften und allen Mitteln. Diese schönen Worte haben nur dann einen Zweck, wenn sie nicht nur in erbaulichen Sonntagsbetrachtungen stehen, sondern auch befolgt werden. Und zwar befolgt werden in erster Linie von den Herrschenden, die sie bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit im Munde führen. Es geht nicht an, die Arbeit, den Mut nur von den andern zu verlangen und diesen auch die Verantwortung zuzuschreiben. Das wäre gewissenlos und feig zugleich gehandelt.

Leute, die jetzt in öffentlichen Ämtern wirken, müssen jetzt im besondern Maße den Mut zur Tat und zur Verantwortung aufbringen. Es kann in diesen Uebergangsjahren, wo sich der Wahnsinn jahrelanger Zerstörung wirtschaftlich auswirkt, keine Regierung, keine Stadtverwaltung dem Volke schöne Erleichterungen und sonnige Tage schaffen, sie ist gezwungen, Opfer zu sammeln, Lasten, nur Lasten zu verteilen. Sie muß Kräfte zusammenfassen, um für eine erträgliche Zukunft den Grund zu legen. Wenn sie die Lasten einer bitteren Zukunft den Boden zu bereiten, dann wird sie für alle Zeiten gerechtfertigt dastehen, wenn die Tagesstimmung der Einsichtlosen ihr auch zuweilen nicht hold ist.

Die Verantwortung zu tragen für harte Notwendigkeiten der Gegenwart, hat die Sozialdemokratie übernommen; sie bringt auch den Mut auf zur Tat, zum Neuaufbau. In der Masse des schlau sein wollenden Allermittelstetigen, der es tüchtig mit Worten hat, sich aber von jeder Verantwortung brüht, gefällt sich häufig die demokratische Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung. Von dem rechtsparteilichen Halbbrüdergang zu schweigen, das sieht überhaupt seine Aufgabe im wesentlichen darin, dem „jetzigen System“ Schwierigkeiten zu machen. Journalistisch findet die Richtung, die mit großen Worten überall dabei ist, sich aber brüht und nichts gewesen sein will, wenn Taten geschehen sollen, ihre Vertretung vornehmlich in der Faber-Presse.

Die Demokraten hatten nicht den Mut, der Gemeinde Steuern zu bewilligen. Sie können aber selbstverständlich die Ausgaben für Gehalts- und Lohnerhöhungen nicht abkneifen. Hinterher aber schreibt die „Magdeburgische Zeitung“ von „katastrophaler Bewilligungspolitik“, von Bewilligungswut usw.

Die Demokraten haben gestern zum Beispiel auch für die Fortsetzung des Baues der Südbahn gestimmt, aber die „Magdeburgische Zeitung“ erhebt wieder den wahlaktigen Schmerzschrei über diese Bewilligung. Eine Politik feiger Angst vor — der Wahl.

Die Demokraten machen überhaupt in Wahlakt. Ihr merkwürdiges Gebilde bei der gestrigen Auseinandersetzung über die Weiterführung des Südbahnbauwerks war ziemlich unverschämte Wahlmacht.

Die Südbahn wurde schon vor 20 Jahren als eine bringende Notwendigkeit angesehen. Die vorkreislichen Vorstände Budau, Sudenburg, Südbau haben keinen Uebergang über die Elbe. Im Jahre 1912 hatte das Brückenproblem eine beratige Bedeutung für Magdeburg, daß die bürgerlichen Parteien fürchteten, sie fielen bei der Reichstagswahl durch, wenn sie nicht schleunigst im Stadtparlament einen Beschluß faßten, daß die Südbahn gebaut werden muß. Der Durchfall der Bürgerlichen kam trotzdem. Sieben kommunale Vereine von Budau und Sudenburg forderten damals vom Stadtparlament, den Bau der Brücke zu beschließen. Die damals kleine sozialdemokratische Fraktion forderte die Weiterführung des Brückenbaus über das rote Horn und die alte Elbe. Der Bau wurde beschlossen und angefangen. Er wurde durch das bekannte Unglück unterbrochen. Jetzt müssen Pfeiler erneuert werden, die von Naturkräften zerstört sind. Die Kosten steigen naturgemäß, sie steigen vor allem durch die entsetzlichen Preisbewegungen unserer Zeit. Aber die Brücke hat bereits Millionen gekostet, die Eisenkonstruktion ist fix und fertig, das Material für die Pfeiler — mit Ausnahme des Zements — ist da. Nun kommt es darauf an, ob man das Werk, im Stiche läßt aus Angst vor den Schwierigkeiten, die sich aus der heutigen Zeit ergeben, oder ob man ans Werk gehen soll, trotz aller Hindernisse. Es muß dabei in Rechnung gestellt werden, daß das Aufgeben des Baues der Stadt einen Schaden verursachen würde von ziemlicher Größe. Nach einer allerdings etwas unklaren Aufstellung des Magistrats würde ein Gesamtverlust von 1 540 000 bis 1 620 000 Mark entstehen. Wir lassen dahingestellt, ob diese Rechnung genau stimmt.

Der Magistrat ist für Weiterführung des Baues. Wenn vor den finanziellen Schwierigkeiten zurückgeschreckt würde, die in unserer Zeit begründet sind, könnte überhaupt kein Werk mehr begonnen werden; jede produktive Arbeit hörte auf. Die sozialdemokratische Fraktion ließ erkennen, daß sie die Schwierigkeiten meistern und weiterbauen will. Die Demokraten nennen darum die Brücke die Sozialistenbrücke. Dr. Lheising von den Unabhängigen nennt sie eine Lugsbrücke. Ob sie eine Lugsbrücke ist, das wird sich erweisen. Den Namen Sozialistenbrücke kann man ruhig gelten lassen. Es wäre für spätere Zeiten kein schlechtes Zeichen des Mutes zur Tat, der Schaffenslust unserer Partei in trüber Zeit, wenn die Brücke ausgeführt würde trotz alledem.

Die Demokraten trieben Wahlpolitik. Sie wollen auf die Wähler einwirken mit dem Hinweis auf eine Sache, die sie nicht gemacht haben. Auch ein Agitationsgrund. Andere Parteien weisen darauf hin, was sie getan haben, die Demokraten und ihre Freunde prunkten damit, daß sie etwas zu tun unterließen. Man soll bei der Sozialistenbrücke einen geborstenen

Pfeiler stehen lassen und ihn Demokratenstütze nennen, damit später einmal angedeutet wird, welche Bedeutung die Demokraten für das Gemeinwesen hatten in einer bitteren Zeit. Die Demokraten und mit ihnen die andern heilighaften Zeitgenossen, die viel vom Wiederaufbau und von Arbeit reden, aber niemals den Mut dazu aufbringen. —

Warum Grobdeck reisen darf.

Zu der Haftentlassung des Generalmajors von Grobdeck wird uns von behördlicher Stelle noch folgendes mitgeteilt:

„General von Grobdeck steht nach wie vor unter schärfster Verwahrung der Behörden. Bedinglich auf Befehl des Reichswehrministers ist eine Aenderung in dem Aufenthaltsort Grobdecks eingetreten, weil bei ihm, wie von unparteiischer äußerlicher Seite anerkannt wurde, eine direkte Lebensgefahr bestand, wenn Grobdeck noch längere Zeit im Vollgefangenschaft als Gefangener gehalten worden wäre. Das Verfahren gegen Grobdeck wegen Hochverrats ist auf Antrag des Reichspräsidenten beim Reichsgericht in Leipzig anhängig gemacht worden.“

Das alte System hat gegen Sozialdemokraten diese zarte Rücksichtnahme nicht walten lassen und auch unter dem neuen System hat man verstanden, gegen Putschisten von links andere Töne anzuschlagen. Die Weichmütigkeit gegen „frank“ Hochverräter zeigt nur, daß das Reich selbst krank ist. Es muß gesund gemacht werden. Dazu ist allerdings auch das Reichsgericht nicht geeignet, dessen formalistisch-reaktionäre Urteile ja hinlänglich bekannt sind. —

Neue Wahlkreise.

Nach der Vorlage über das Reichswahlgesetz, das die Nationalversammlung beschließt und dessen Grundzüge wie möglich schon an dieser Stelle darlegen, sind für die Provinz Sachsen und Anhalt folgende Wahlkreise vorgeschlagen:

Wahlkreis 34, Stendal: Gardelegen, Jerchow 1 und 2, Neuhaldensleben, Osterburg, Salzwedel, Stendal und Wolmirstedt. (Einwohnerzahl nach der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 605 605) vier Abgeordnete, Verbandswahlkreis Sachsen 1.)

Wahlkreis 35, Magdeburg: Halberstadt, Magdeburg, Döberleben, Wangleben und Wertgerode. (Einwohnerzahl 520 058; vier Abgeordnete, Verbandswahlkreis Sachsen 1.)

Wahlkreis 36, Dessau-Mscherleben: Mscherleben, Ratze, Queblund und Anhalt. (Einwohnerzahl 534 218; vier Abgeordnete, Verbandswahlkreis Sachsen 1.)

Wahlkreis 37, Bitterfeld: Bitterfeld, Delsch, Liebenwerda, Saalkreis, Schweinitz, Torgau und Wittenberg. (Einwohnerzahl 488 094; vier Abgeordnete, Verbandswahlkreis Sachsen 1.)

Wahlkreis 38, Halle-Gröben: Gröben, Halle a. d. S., Mansfeld, Merseburg und Sangerhausen. (Einwohnerzahl 512 284; vier Abgeordnete, Verbandswahlkreis Sachsen 1.)

Wahlkreis 39, Naumburg-Weißenfels: Eudarsberga, Naumburg, Querfurt, Weißenfels und Zeitz. (Einwohnerzahl 329 031; drei Abgeordnete, Verbandswahlkreis Sachsen 1.)

Wahlkreis 40, Erfurt: Erfurt, Hohenstein, Hettigenstadt, Langensalza, Mühlhausen, Nordhausen, Schleusingen, Kreis Schmalkalden v. Hg.-Bez. Kassel, Weisense, Worbis und Ilgertal. (Einwohnerzahl 588 026; fünf Abgeordnete, Verbandswahlkreis Thüringen.)

Die bisherigen beiden Wahlkreise der Provinz Sachsen und des Preussens Anhalt (12 Magdeburg und Anhalt, und 13 Merseburg) entfielen nur 11 bzw. 9, zusammen 20 Abgeordnete in die Nationalversammlung; in dem neuen Reichstag aber soll die Provinz Sachsen und Anhalt mit ihren neuen festen Kreisen durch 28 Abgeordnete vertreten sein. Während die Einwohnerzahl der Provinz und Anhalts nach der Zählung vom 1. Dezember 1910 früher mit 2 880 618 angelegt war, beträgt sie nach der dem neuen Wahlgesetz zugrunde gelegten Zählung vom 8. Oktober 1919 insgesamt 3 487 401; sie hat sich also trotz des Krieges um fast 600 000 Köpfe vermehrt.

Es handelt sich, wie wir wiederholen, zunächst um die Vorlage der Reichsregierung. Fraglich ist allerdings, ob das Gesetz in dieser Fassung angenommen wird. Vielmehr besteht in parlamentarischen Kreisen die Ansicht, daß die Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit die Nationalversammlung veranlassen wird, auf die Neueinteilung der Wahlkreise vorläufig zu verzichten und die Wahlbezirke von 1919 für die nächste Wahl noch bestehen zu lassen. Es würden dann nur die Teile der Vorlage einseitigen Gesetz werden, die das Stimmresultat von 60 000 für einen Abgeordneten festlegten und außerdem die Zählung der Reichstimmern durch das Reich vorsehen. —

— **Der Kohlenwucher.** Wir haben immer wieder die Forderung erhoben, der Magistrat möge dafür sorgen, daß bei Preisserhöhungen, die jetzt leider keine seltenen Erscheinungen mehr sind, die Kohlenhändler gezwungen sind, freigegebene Marken zum alten Preise zu beliefern. Es würde eine Regelung zugehört, aber nicht eingeführt. Der Standa geht weiter. Bei der diesmaligen Preisserhöhung wieder das alte Lied. Die Kunden bekamen einfach keine Kohlen und keinen Koks bis zum Zeitpunkt der Preisserhöhung und mußten den höheren Preis zahlen. Selbstverständlich gibt es unter den Kohlenhändlern auch rühmliche Ausnahmen, die ihre Kundenschaft reell bedienen. Aber wie es scheint, werden sie immer seltener. Wo alles wuchert will keiner der „dumme“ Ehrliche sein. Die Behörde muß eingreifen! —

— **Berebung politischer Kampfsitten.** Am Donnerstagabend veranstaltete die Liga zum Schutze der deutschen Kultur im „Schwarzen Adler“ eine öffentliche Versammlung. In der über „Die Berebung der politischen Kampfsitten“ gesprochen wurde. Als Einberufer, Redner und Leiter fungierte Herr Feinzig Janßen. Es waren gewiß gutgemeinte Worte, die der Redner an die kleine Versammlung richtete, und die dazu dienen sollten, die bevorstehenden Wahlen rein sachlich ohne jede Schärfe und persönliche Verunglimpfungen zu führen. Als hauptsächlichste Mittel zur Berebung der politischen Kampfsitten empfahl Herr Janßen zunächst, daß in allen Wahlveranstaltungen ein Bureau gewählt werden müsse, worin von allen anwesenden Parteien Vertreter vorhanden sein müßten. Ein Vorschlag, der rein praktisch fast unumsetzbar sein dürfte. Alsdann sollten sich alle Diskussionsredner möglicher Kürze

befleißigen, nicht immer das wiederholten, was der Vorredner, vielleicht in weit besserer Form, schon ausgesprochen hat. Alle Reden müßten mehr Kern und weniger Schale enthalten und deshalb gut vor- und durchgearbeitet sein. Wird auch in den meisten Fällen ein frommer Wunsch bleiben. Ebenso der, die Veron von der Sache zu trennen und in den Versammlungen keine schmutzige Wäsche zu waschen. Statt mit Handgranaten auf einander loszugehen sollten sich die Widerlächer lieber an den geordneten Tisch setzen und verhandeln. Gut durchaus idealer Gedanke, ob er praktisch befolgt wird, ist eine andre Sache. Bei ausstehenden Mißverständnissen soll nicht gleich an Vohheit gedacht werden. In der Praxis hat der Grundgedanke leider viel größere Bedeutung: Der andre ist immer ein schlechter Kerl. Die Frauen wurden aufgefordert, ihren Teil dazu beizutragen, daß der Wahlkampf eine Verebung erfährt, usw. In der Debatte erlauteten die Vertreter der verschiedenen Parteien die guten Absichten des Redners an, bezweifelten aber, auf Grund ihrer reichen Erfahrungen, die praktische Wirkung. —

— **Ein Selbstmörderklub.** Am 7. April hielt die Handwerkerkammer in Magdeburg anlässlich ihres 20jährigen Bestehens eine Sitzung ab. Nach dem Berichte des Syndikus bestehen im Kammerbezirk 280 Innungen mit 18 000 Mitgliedern. Unter anderem sprach der Vorsitzende Thierkopf über die Neuorganisation des Handwerks und sagte dabei, daß der Gehilfenstand in der Organisation und auch in den Lehrlingsfragen mehr Rechte eingeräumt werden müßten. Ein Ruhezustand sei allerdings unmöglich; das Streikrecht für Lehrlinge und ihre Einbeziehung in die Tarife. Die Lehrlingsfrage sollte überhaupt nur allgemein geregelt werden. Nach diesem Beschluß sollten also auch in Zukunft die Lehrlinge den Meistern bedingungslos als billige Ausbeutungsobjekte überlassen bleiben. Nehmen wir einmal an, das wäre möglich, welche Folgen würde das für das Handwerk haben? Welche Schicksale der Bevölkerung sind heute nicht mehr in der Lage, heranwachsende Kinder bis zu ihrem 18. Lebensjahr unentgeltlich oder fast unentgeltlich zu ernähren und zu kleiden. Gerade in diesen Jahren, in denen Knaben und Mädchen „auf Wachstum stehen“, und sowohl an Kleidung und Nahrung weit mehr brauchen als ältere Personen, wird der Unterhalt besonders schwer, ja unmöglich. Was sollen also Eltern tun? Sie werden ihre Kinder den sogenannten ungelerten Verufen zuführen oder den Großbetrieben, die mit in kurzer Zeit angelegten Arbeitskräften auskommen. Der Zugang an handwerkstüchtig ausgebildeten Kräften wird also vorliegen, solche Arbeitskräfte werden selten und teurer werden, und das kleine Handwerk, das auf sie angewiesen ist, wird die Wunde zumachen müssen. Die deutsche Industrie aber, die in Zukunft den Weltmarkt mit Qualitätsarbeit erobern muß, wird dazu nicht in der Lage sein, weil ihr die ausgebildeten Arbeitskräfte fehlen werden. Schon heute geht ein gewisser Zug durch manche Kreise, in keine bestimmte Lehre zu treten; der wird mancherlei verfrachten, wenn die Vertretung der Handwerksmeister so kurzfristige Beschlüsse faßt. Sie beweist damit, daß sie von den Erfordernissen der neuen Zeit nicht die blasseste Ahnung hat und betreibt für das deutsche Handwerk und die deutsche Volkswirtschaft Selbstmörderpolitik. —

— **Neuer Halleplatz für Kraftdroschen.** Der Polizeipräsident gibt bekannt: Im Interesse des Publikums und zur Vermeidung der Verperrung des Platzes vor dem Hauptbahnhof durch das Halten einer übermäßig großen Anzahl Kraftdroschen wird vom 8. April 1920 an bis auf weiteres ein 3. Droschenhalteplatz, und zwar auf dem Breiten Wege, südlich der Großen Schützenstraße errichtet. —

× **10000 Mark Belohnung.** Automobil, dunkelgrün lackiert, rote Räder, schwarzes Fahrzeug, Nr. P. S. Nr. 2482, Fahrzeug Nr. 2813, Erkennungszeichen L V 4037, 7 sigla, ist in Berlin gestohlen. Da dasselbe am 7. d. M. in Burg gesehen worden ist, ist anzunehmen, daß es auch hier Aufenthalt genommen hat oder sich noch befindet. Sachdienliche Angaben nimmt die Kriminalpolizei, Zimmer 63, entgegen. —

× **Gestohlen wurden aus einem Dichtschaulspielhaus ein Vorführungs-Apparat „Gagolin“ Nr. 1063; aus einem Verkaufsladen in der Halberstädter Straße mehrere Stücke graumelierter, lila und rotgelb gestreifter Stoff; aus einer Wohnung in der Lüneburger Straße ein dunkelgrüner Damen-Beizmantel mit Opoffenärmeln und Fuchsfutter, ein dunkelblauer Konfirmationsanzug, ein grauer, kleinrearter, 1 Standa- und ein schwarzer Gehrockanzug, ein dunkler Sommerüberzieher, Herrenhiesel, Damenschuhe, Herren-Overhosen mit der Waischenfallnummer 1741 oder 81156, zwei Stücke dunkelblauer Damen-Kleiderstoff, ein hellbrauner Damen-Hutstoff, etwa 25 Pfälchen Wein: Dornmel von Gebr. Cammer, Ludwig Wittcher, Berlin, „Eiser Schloß Vödelheimer Weintraumilch“ von Lorenz Widler, Gamburg, „Cultivine Pöbleng“, aus Wohnungen in der Großen Finkenstraße ein rotes, ein blaues ein weißes Damenkleid, Bettwäsche (gezeichnet K.), eine weiße und eine Watrosenbluse, Juggardinen, blau und weiß gestreifte Schürzen; im Finkenauer sechs Trittschellen, in der Schönebrunnstraße eine Dantenarmbanduhr, auf deren Deckel sich ein Berggipfel befindet, in der Südstraße eine silberne Damenuhr mit Goldrand, ein silbernes Reballon, weiße Bettwäsche, eine dunkle Wolldecke; Fuhrräder „Brennador“, Rahmen und Felgen schwarz, aus einem Hausflur in der Neuen Straße, Damenrad mit schwarzem Rahmen und vernickelten Felgen, Nr. 282306, auf dem Breiten Weg; aus einem Geschäftshaus am Adelheidring eine gelbe Damen-Handtasche, enthaltend einen goldenen Damenring mit rotem Stein; aus Bodentannern in der Seydelstraße eine braune Samtbluse, eine weiße, gelbrote Bluse, Schürzen und Wäsche verschiedener Art, in der Lüneburger Straße ein Rips-Damenjackett, mehrere Kinder-Ruffenmittel, ein blauweißer Damen-Badeanzug, ein Plüschmieder, gelbgestreifte Gardinen. —**

× **Wem gehört die Schreibmaschine?** „Remington“ — Shofey Gilsago — Nr. 1801, wurde hier unter verdächtigen Umständen gekauft, so daß anzunehmen ist, daß sie aus einem Diebstahl herrührt. Die Maschine befindet sich zur Ansicht bei der Kriminalpolizei, Zimmer 11. —

× **Festgenommen wurden der Dreher Paul Mutha, Klosterbergstraße 7, und der Former Hermann Richter, Wiedenburgerstraße 5, die mit einem dritten zusammen am 2. d. M. mittels Einbruchs auf der Magistratsstraße Budau mehrere Bentner Erbsen, Wicken und einen größeren Posten eingetrocknete Milch in Wägen gestohlen haben. Sie verurteilten die Diebsbeute zum Preise von 1800 Mark und verurteilten das Geld innerhalb einiger Tage. —**

Magdeburger Partei-Nachrichten.

Sozialdemokratischer Verein.

Besitzliste Neustadt, Freitag den 8. April, abends 7 Uhr, Funktionärs-Nähe bei Wra.

Besitzliste Nord und Süd, Elternbeirat der Sozialdemokratischen Partei am Sonntag den 10. April, abends 7 Uhr, Sitzung bei Holz, Gilscherstraße 22.

Besitzliste Budau, Sonntag den 10. April, abends 7 1/2 Uhr, Sitzung sämtlicher Parteifunktionäre in der „Egalia“.

Beamt, die in der Sozialdemokratischen Partei organisiert sind, die Vortragabend werden am Sonntag fortgesetzt. (Auguststraße, Eingang Franzstraße.) Thema: Geschichte der sozialistischen Idee.

Arbeiter-Jugendklub Magdeburg.

Am Sonnabend abends 12 Uhr im Jugendheim Konarskijung aller Funktionäre. Keiner darf fehlen.

Bezahlungsveranstaltungen:

Bezahlungsgruppe Budau West, am Sonntag Geldspiel im Biederiger Buch, Bismarck der Budau am 12. Uhr von der Holzstraße, der Kaufleute am 11. Uhr.

Am Sonntag abends 7 Uhr in der „Freienhaus“, Freienstraße, Anwartsamtsabende.

Die Besprechung wird unterbrochen, das Wort erhält Regierungspräsident Pohlmann: Er dankt zunächst für die Begrüßung und führt dann aus: In der kurzen Zeit meiner bisherigen Tätigkeit hat die gemeinsame Not Regierung und Stadtverwaltung schnell zusammengeführt. Ich habe gesehen, daß die Bevölkerung Magdeburgs trotz der Schwere der Zeit den Kopf nicht hängen läßt. Die heutigen Beratungen beweisen mir weiter, welche lebhafter sozialer Geist hier daran arbeitet, für die Bewältigung des Besessenen zu schaffen. Der alte Obrigkeitsstaat ist nicht mehr. Wohl aber bestehen noch die alten Gesetze. Ich habe nicht die Absicht, mich nach den Buchstaben dieser veralteten Gesetze zu richten. Ich wünsche vielmehr die zweite Instanz zu sein, die die Entscheidung fällt, wenn die Frage, wer recht und unrecht hat, strittig ist. Wir brauchen ein freies Wort heute mehr als sonst. Wir brauchen auch eine freie Presse, die mutig eigene Anschauungen vertritt. Die Stadtverwaltung hat in dieser Zeit einen äußerst schweren Stand. Es ist die Tragik unserer Zeit, daß in dem Augenblick, wo der sogenannte vierte Stand, die arbeitende Klasse, die Fesseln sprengt, um mitzuarbeiten und Neues zu schaffen, die allermodernsten Mittel fehlen. (Sehr richtig!) Sie werden eine äußerst ernste und schwierige Aufgabe zu lösen haben, denn wir gehen großen und armen Zeiten entgegen. Ich bin zu Ihnen gekommen als Regierungspräsident, ich bitte Sie aber, mich auch als Bürger Ihrer Stadt aufzunehmen, um hier eine neue Heimat zu finden. (Beifall.)

Stadtv.-Vorst. Hoffmann dankt und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß dem Herrn Regierungspräsidenten Magdeburg stets eine angenehme Heimat sein möge, in der er erfolgreich wirken zum Wohle des Ganzen.

Es wird wieder in die Besprechung eingetreten. Die Magistratsvorlage wird gegen die Stimmen der bürgerlichen Fraktionen abgelehnt. Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion wird mit den Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen angenommen.

Ueber die Fortführung des Baus der Vorortbahn bis Westerküßen und Deckung der höheren Baukosten durch Gewährung eines städtischen Darlehens in Höhe bis zu 8 Millionen Mark an die Magdeburger Vorortbahnen-V.G. haben wir berichtet. Stadtv. Hammerdamm (Soz.) beantragt Annahme der Vorlage.

Stadtv. Behle (Rechtsp.): Wir sind der Ansicht, daß die Stadt das Darlehen gewähren muß, um die Vorstädte zu erschließen und mit der Stadt zu verbinden. Wir dürfen die Hände nicht in den Schoß legen. Der Bau der Vorortbahn bedeutet ein Stück Heimstättenbewegung.

Stadtv.-Vorsteher Müller (Dem.): Es ist ziemlich selbstverständlich, daß die Vorlage angenommen wird. Es wäre aber sehr gut gewesen, wenn wir dieses Projekt im Gesamtrahmen unserer Finanzlage sehen könnten. Wir müssen wissen, was wir in der nächsten Zukunft leisten müssen. Die Vorortbahn ist aber notwendig, trotzdem sie die Erwartungen nicht erfüllen wird. Die Vorortbahn wird niemals rentabel sein.

Stadtv. Dirre (Dem.) tritt ebenfalls für Annahme der Vorlage ein. Die Südröhre dagegen ist ein Luxusbau, denn sie führt in ein totes Gelände. Im Südbahnhof wird durch den Wahnbau die Siedlungsgelegenheit gefördert. Wir sehen es am Industriegebiet. Dort liegt die Siedlungstätigkeit still, weil die Bahnverbindung fehlt. Wir hätten die Bahn nach dem Industriegebiet vorher bauen müssen.

Stadtv. Grune (Unabh. Soz.): Wir stimmen der Vorlage zu.

Oberbürgermeister Weims: Die demokratischen Fraktionen tiefen Meinungsverschiedenheiten bestehen, beweisen die Ausführungen des Stadtverordneten Dirre, die im schroffen Gegensatz zu den Darlegungen der demokratischen „Magdeburgerischen Zeitung“ stehen. In diesem Maße wird gelegentlich der Besprechung über die jetzt zur Beratung stehende Vorlage von einer „katastrophalen Bewilligungspolitik“ des Magistrats geschrieben, der eine Verschwendung treibe nach dem Grundsatze: Die Menschen können es ja bezahlen. Das ist keine sachliche Kritik. Im Namen des Magistrats muß ich gegen dieses Perunterziehen unserer kommunalpolitischen Arbeit scharfe Verwahrung einlegen. Im Magistrat wird jetzt mit derselben Gründlichkeit wie früher gearbeitet. Festgestellt muß aber werden, daß ein Teil der demokratischen Fraktion die „katastrophale Bewilligungspolitik“ mitmacht. Ich vermute bei allen diesen Kritiken das Eingehen auf die bestehende wirtschaftliche Lage, es ist meistens Scheinargument und Oberflächlichkeit. Der jetzt bestehende Warenmangel als natürliche Folge des Krieges hat die Preissteigerungen gebracht, und wir werden schwerlich in den nächsten zehn Jahren zu normalen Verhältnissen kommen. Dagegen ist die Arbeitskraft der Arbeiter im Verhältnis zu den Bedürfnissen der Friedenszeit billiger. Zu normalen Verhältnissen kommen wir nur durch gesteigerte Produktion. Wenn es jetzt eine wirtschaftliche Verleumdung gibt, so ist es die, jetzt nichts zu unternehmen. Es gibt nur eine Verschwendung, nämlich Arbeitskräfte brachliegen zu lassen. Handeln wir nicht nach dieser Erkenntnis, so kommen wir zum Zusammenbruch. Es ist eine falsche Ansicht, daß wir jetzt wesentlich teurer arbeiten als vor dem Kriege. Um das finanzielle Gleichgewicht zu erhalten, ist es notwendig, alle Einnahmequellen aufs schärfste heranzuziehen. Der Gang der Entwicklung hat die Wichtigkeit unserer Steuerpolitik bewiesen. Schon bei der Staatsberatung habe ich darauf hingewiesen, daß wir mit 380 Prozent nicht auskommen werden, während die Demokraten nur 325 Prozent erheben wollten. Wir werden darauf hinwirken, daß wir während der Zeit der Geldentwertung große Abschreibungen vornehmen. Dann können wir getrost der Zukunft entgegengehen.

Stadtv. Hennrich (Soz.): Die Vorortbahn sollte fertiggestellt sein bis zum 1. April 1917. Die alte Stadtverordnetenmehrheit hat es versäumt, und wir müssen jetzt das Versäumnis nachholen. Die Bevölkerung von Südborst braucht die Bahn dringend. Von der Eisenbahnverwaltung ist es im höchsten Maße rigoros, daß sie so wenig Züge nach Südborst fahren läßt.

Stadtv. Vier (Dem.): Die Ausführungen des Oberbürgermeisters Weims richteten sich gegen die demokratische Fraktion. Es lag aber ein Fehler darin. Wir wollen nur erreichen, daß Ausgaben und Einnahmen balancieren. In dieser Beziehung stimmen wir mit der „Magdeburgerischen Zeitung“ überein. Wenn man eine Kritik nicht vertragen kann, so deutet das darauf hin, daß man eine schwache Position verteidigt.

Stadtv.-Vorst. Müller: Der Brücken- und Vorortbahnbau macht eine Summe von 26 Millionen aus. Zur Deckung der notwendigen Ausgaben fehlen uns aber jetzt schon die notwendigen Mittel. Es geht nicht so, daß man hier im Saale sich auf den Standpunkt stellt, um Geld kümmern wir uns nicht. (Lebhafte Unruhe.)

Oberbürgermeister Weims: Ich habe den Magistrat nur gegen unerschütterliche Angriffe in Schutz genommen. Sachliche Kritik kann ich sehr gut vertragen. Selbstverständlich müssen wir uns danach richten, was möglich ist. Es gibt aber Dinge, die wir nicht meistern können. Trotzdem müssen wir unternehmen und arbeiten. Die Stadtverwaltung muß für Arbeitsmöglichkeit sorgen, selbst wenn Teile des Vermögens verlorengehen. Das läßt sich bei keinem Zusammenbruch vermeiden.

Nach weiteren Ausführungen der Stadtv. Siebau (Dem.), Theising (Unabh. Soz.) wird die Magistratsvorlage gegen einige Stimmen der Demokraten angenommen.

Arbeiterfragen. Die Zahlung einer Entschädigung an die städtischen Arbeiter für den durch den Streik an den Tagen vom 15. bis 19. März 1920 entgangenen Lohn aus den Bohnmitteln der einzelnen Betriebe wird beschlossen.

Oberbürgermeister Weims: Wir werden die Summe nach überschreiten müssen, weil auch an Angestellte eine Entschädigung zu zahlen ist.

Die Verammlung stimmt zu. Die Vorlage über die Lohnerhöhung für die städtischen Arbeiter ist unsern Lesern bekannt.

Stadtv. Schreih: Der endgültige Vertrag liegt nunmehr vor. Die neuen Lohnsätze sind wie folgt: für Lohnklasse Ia 1,75 Mark, für Lohnklasse Ib 2 Mark, für Lohnklasse IIa 3,50 Mark, für Lohnklasse IIb 3,70 Mark, für Lohnklasse III 3,80 Mark, für Lohnklasse IV 4 Mark, für Lohnklasse V 4,10 Mark. Der Mantelvertrag ist ebenfalls fertiggestellt. Die Vorlage wird ohne Aussprache einstimmig angenommen.

Einige kleinere Vorlagen finden debatteloses Erledigung. Schluß der Sitzung 9 Uhr.

Provinz und Umgegend.

Gesetzmäßigkeit der Wuchergerichte.

Ueber die Verfassungsmäßigkeit der Wuchergerichte, die durch eine Verordnung der Reichsregierung eingeführt worden sind, besteht bekanntlich Streit. Das Wuchergericht beim Landgericht 2 Berlin z. B. hat ausgesprochen, daß es sich als ein gültig eingetragtes Gericht nicht erachten könne. Nun hat aber das Kammergericht durch einen Beschluß vom 9. März 1920 (Aktenzeichen W. 111. 20) die Gesetzlichkeit der Wuchergerichte anerkannt, wie die Zeitschrift „Gesetz und Recht“ mitteilt. Das höchste preussische Gericht unterliegt darin in eingehender Weise alle Gründe, die für und gegen die Rechtsgültigkeit der Wuchergerichtsverordnung sprechen, und kommt schließlich zu dem Ergebnis, daß die Wuchergerichte mit den Gesetzen und der Verfassung nicht in Widerspruch stehen.

Parteinachrichten.

(Zeitenpreis 30 Pfennig. Betrag vorher einfinden.)
Dietdorf. Am Freitag den 9. April, abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung bei Platz.
Groß-Otterleben. Am Sonnabend findet in den Hansa-Festhallen eine öffentliche Versammlung statt, in der Genosse Silberstein sprechen wird.

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Die Volksabstimmung.

In Ost- und Westpreußen soll Ende April oder Mai über das Schicksal der Kreise Marienburg und Gushin sowie über Teile der Kreise Marienburg und Marienwerder durch Volksabstimmung entschieden werden. Kein Stimmberechtigter darf veräumen, seine Stimme in seinem Geburtsort abzugeben. Jeder erhält dazu freie Eisenbahnfahrt und Verpflegung. Polizeiwachmeister Zint (Obernstedt) ist vom Deutschen Schulbund mit der Werbung in den Kreisen Neuhaldensleben und Wolmirstedt beauftragt und erteilt jede weitere Auskunft.

Altdensdorf, 9. April. (Eine Volksversammlung.) Die sehr gut besucht war, fand am 2. Oktober statt. Genosse Stange (Berlin) referierte über die letzten Ereignisse in Berlin. In trefflicher Weise beleuchtete der Referent die „Taten“ der Rapp und Lüthwig, die sich nur durch Schwindelaktionen eine ganz kurze Zeit halten konnten. Auch in den Orten Knoblauch, Nischau und Mühlitz hielt Genosse Stange gut besuchte Versammlungen ab.

Groß-Mobensleben, 9. April. (Die kommenden Wahlen) und der Rapp-Lüthwig-Bußch war das Thema. Aber das Genosse Ludwig in einer sehr gut besuchten Versammlung einen Vortrag hielt. Er schilderte das unrechtmäßige Vorgehen des Hauptmanns Schenk in bezug auf den Kreis Wolmirstedt und erklärte, daß die Untersuchung es ergeben würde, wer Schenk beauftragt hat in ruhige Ortschaften einzuziehen und dort Unruhen herbeizuführen. In der Ansprache wurde gefordert, daß die von der Arbeiterschaft an einflussreiche Stellen gesetzten Genossen mehr für die Arbeiter tun müssen, als es jetzt teilweise der Fall ist. Es wurde verlangt, daß die Regierung schärfer nach rechts durchgreifen soll. Schließlich das nicht, dann sollen unsere Genossen aus der Regierung austreten. Nach einem Appell des Vorsitzenden, eifrig für die Partei weiter zu wirken, damit die Reaktion vollständig beseitigt werden kann, beschloffen die Versammlungsteilnehmer noch, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen.

Meseberg, 9. April. (Es geht vorwärts.) In einer gut besuchten Versammlung sprach Genosse Ludwig über „Was lehren uns die letzten Wochen?“. In der Diskussion wurde lebhaft über die Lage der Bauern und Arbeiter diskutiert. Nach Aufforderung des Genossen Ludwig, sich der Sozialdemokratischen Partei anzuschließen, wurde der seit längerer Zeit eingeschlossene Sozialdemokratische Verein wieder ins Leben gerufen. Zum Vorsitzenden wurde Genosse Otto Ruhe bestimmt. Es wurde noch der Wunsch ausgesprochen, daß nur die Parteigenossen trenn zur Partei halten und bei den kommenden Wahlen mit dafür sorgen, daß die Reaktion vollständig besiegt wird.

Kreis Wanzleben.

Groß-Otterleben, 9. April. (Die Kommunisten) hatten zum Mittwochabend plötzlich mit der örtlichen Ringel eine öffentliche Versammlung einberufen; diese war schwach besucht. Die Erschienenen warteten und warteten, wer jedoch nicht erschien, war — der Referent. Obwohl eine Behinderung derselben durchaus möglich ist, kann man jedoch den Gedanken nicht unterdrücken, daß hier mit der Gutgläubigkeit der Bevölkerung gerechnet wird, um sie etwas zu erleichtern. Die Vorgänge, die aus andern Orten gemeldet werden — beispielsweise Wanzleben — lassen auch den Schluß zu, daß sich Schindler die erregte Zeit zunutze machen. Jedenfalls darf durch diese Vorgänge nicht eine Versammlungsmüdigkeit erzeugt werden; die Lage ist denn doch zu ernst.

Otterleben, 9. April. (Sozialdemokratischer Verein.) In der Mitgliederversammlung sprach man sich scharf gegen das Verbrechen der Rappisten aus. Man war auch der Meinung, daß mit eiserner Faust Ordnung geschafft werden muß. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Nachdem es der Regierung gelungen ist, den Bußch von rechts erfolgreich abzuschlagen, wird unbedingt verlangt, daß die noch bestehende Offizierskaste restlos beseitigt wird. Ebenso muß endlich zur restlosen Befreiung der Lebensmittel auf dem Land im Interesse der gesamten Bevölkerung geschritten werden.“

Wanzleben, 9. April. (Zur Bürgermeisterfrage.) Auf den Protest der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion wegen der Bürgermeisterwahl ist dieser Lage die Entscheidung des Regierungspräsidenten ergangen. Danach hat Stadtkreiskar Wessel (Charlottenburg) als gewählt zu gelten. Das Stimmenverhältnis war bekanntlich 9:9; die Rechtspartheien stimmten mit 9 für Wessel, unsere Genossen gaben dagegen 9 weiche Zettel ab, nachdem eine Uebereinstimmung mit deren Kandidaturvorschlag bei der bürgerlichen Seite nicht zu erreichen war. Es war dies der einzig richtige Standpunkt, den unsere Genossen angesichts der Lage einnehmen konnten. Wenn auch die Entscheidung des Regierungspräsidenten einiges Kopfschütteln erweckt, so wird man doch am richtigsten tun, die Sache ihren Gang gehen zu lassen, denn bis zu den neuen Gemeindevorwahlen dürfte ja keine allzulange Zeit mehr verstreichen. Dann wird hoffentlich eine Verringerung herbeigeführt werden können. Aber eine Erscheinung ist bei der Sache bemerkenswert: Als der Kandidat unserer Genossen, Redakteur Kempf, sah, daß seine Person bei einzelnen Rechtspartheien nicht genehm war, widersprach es seinem politischen und persönlichen Anstandsgefühl, die Kandidatur aufrechtzuerhalten. Von seinem Gegner scheint das gleiche nicht gesagt werden zu können. Die Wahl dieses Bürgermeisters ruht allein auf den Schultern der Rechtspartheien, diese tragen auch die Verantwortung. Sie

suchen auch keine Verständigung, sondern nur die hartnäckige Durchsetzung ihres Willens, weil sie unter allen Umständen eine ihr gefällige, durch die und dann mit ihnen gehende Persönlichkeit an der Spitze der Stadtverwaltung haben wollen. Dazu war allerdings ein Mann wie Kempf nicht zu gebrauchen. Man wird jetzt abwarten müssen, was aus Charlottenburg Gutes kommt, ob das neue Oberhaupt der so viel gewiesene, wirklich tüchtige Bürgermeister ist, ob er mit seinen 20 Jahren tatsächlich so viel Verwaltungstalent besitzt, daß er die eigentlichen Regisseure mit seinem Talent „nicht überträgt“. Bei der ganzen Wahlausmachung merkte man wirklich nichts von den so oft hervorgehobenen „demokratischen Grundtönen“. Wenn alle maßgebenden städtischen Stellen von Anhängern der Rechtspartheien besetzt sind, trotzdem die Sozialdemokratie in der Stadt über die Mehrheit der Wähler verfügt und in der Stadtverwaltung in gleicher Stärke sitzt wie die Rechtspartheien, dann ist das wahrlich ein jämmerlich-demokratisches Bild, was in dem Verstand einer sozialistischen Gesinnung steht, ist verpönt und wird mit Argwohn behandelt. Man ist zwar bemüht, ein demokratisches Aussehen herbeizuführen, in Wirklichkeit ist es mit der Demokratie blauer Dunst. Was Wunder, wenn unter diesem politischen Geist ein leitender Gemeindebeamter eine Volksversammlung von mehr als 400 Köpfen, die gegen den Bürgermeisterkandidaten Wessel votierte, einfach „als nicht in Betracht kommend“ beiseite schob? Bei solchen Gemeindevorständen muß es für die Arbeiterschaft Mangel an Klarheit sein, welche Stellungnahme sie künftig wahrnehmen muß.

Kreis Jerichow 1 und 2.

Burg, 9. April. (Sozialdemokratischer Verein.) Zwei Bezirksversammlungen fanden am Mittwochabend statt. Im „Grand Salon“ erstattete vor einer zahlreichen Zuhörerschaft Genosse Kabelitz den Bericht vom Bezirksparteitag, erläuterte die Notwendigkeit der Erhebung der Extrabeiträge, um dann zur Besprechung der neuesten politischen Vorkommnisse überzugehen, dabei die Verhaftung der Genossen Brandenburg und Rosenbruch scharf hervorzuheben. Für den kommenden Wahlkampf erbat er die Mithilfe aller Parteigenossen, dann wurde die Partei aus dem Wahlkampf sogleich hervorgehoben. In der Diskussion, an der sich die Genossen Meimelt, Wiegand, Krüger, Gebhardt, Schindler, Schenk u. a. beteiligten, kam volles Einverständnis mit den auf dem Bezirksparteitag gefassten Beschlüssen zum Ausdruck. Ebenso gab man seine Zustimmung zu der Resolution des Bezirksausschusses zu erkennen und verlangte die Entfernung aller Elemente — auch der Genossen —, die sich während des Märzputsches oder auch sonst als nicht zuverlässig erwiesen hätten, und zwar am Orte sowohl als auch im Reich. Mit der Zusage der Parteigenossen, die bei dem Wahlkampf gingen die Versammelten auseinander. In der Parallelsammlung im „Wilhelms-Garten“ sprach Genosse Kusske. In 1 1/2 stündigen Ausführungen zeichnete er den Erschienenen ein Bild von der auf dem Bezirksparteitag geleisteten Arbeit. Die Genossen Schumacher, Ziegler, Werner und Hohmeier erklärten in der Ansprache, daß man mit den gefassten Beschlüssen einverstanden sei, da der Partei unbedingt die notwendigen Mittel bewilligt werden müssen. Es muß aber verlangt werden, daß endlich gegen rechts kräftig Front gemacht und fest zugegriffen wird. Gefordert wurde ferner eine sorgfältige Auswahl der für die bevorstehenden Wahlen zu nominierenden Kandidaten. Folgende Entschließung fand einstimmige Annahme: „Die Bezirksversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Burg sieht die Notwendigkeit der Erhebung der Extrabeiträge und die Zahlung der Extrabeiträge von 6 Mark ein, verlangt aber von der Partei und ihren Mitgliedern in der Regierung eine gründliche Abrechnung mit den Leuten der Reaktion, hauptsächlich den Staatskreditlern vom 18. März.“ — Werlabe wurde Donnerstagvormittag das Artilleriekommando, um nach Stendal zum Langermünde beordert zu werden.

Loburg, 9. April. (Sozialdemokratischer Wahlverein.) Nach der Wahl eines Schriftführers erstattete Genosse Trusch Bericht von der Kreisversammlung in Burg. Die Beitragsabrechnung, das Parteioffizier von 4 Mark und der Beiseitebeitrag von 2 Mark wurde nach einer Debatte über die Art der Aufbringung einstimmig angenommen. Von bürgerlicher Seite ist eine öffentliche Verammlung einberufen, die sich mit der Befreiung der Bürgermeisterstelle beschäftigt und in der ein Bürgerverein gegründet werden soll. Es wird einstimmig beschlossen, die Verammlung zu besuchen, um die Wünsche der Partei zum Ausdruck zu bringen; eine Beteiligung am Bürgerverein wird abgelehnt. Dem Vorsitzenden, Genossen Trusch, wird Vollmacht erteilt, alle Schritte, die er in dem beginnenden Wahlkampf für gegeben hält, selbständig zu tun, ohne vorherigen Vereinsbeschluss.

Waltersdorf, 9. April. (Kircheneinbruch.) Diebe, die unerkannt entkommen konnten, vollführten einen Einbruch. Es fielen ihnen jedoch nur Gegenstände von geringem Wert in die Hand.

Kreis Stendal-Osterburg.

Stendal, 9. April. (Aus Furcht vor Strafe?) Der praktische Arzt Dr. Meher, der während des Krieges Militärarzt war, hat sich in Halle vergiftet. Dr. Meher stand auf der Auslieferungsliste und war beschuldigt worden, als Arzt in einem Gefangenlager Uebergriffe begangen zu haben.

Kreis Oschersleben-Halberstadt-Wernigerode.

Wernigerode, 9. April. (Gute Fortschritte) macht der Sozialdemokratische Verein. In der letzten Mitgliederversammlung konnte bekanntgegeben werden, daß 100 Neuaufnahmen gemacht worden sind. Für die Parteigenossen an allen Orten sollte dieser Erfolg der Werbetätigkeit unserer Genossen in Wernigerode ein Ansporn sein, auch ihrerseits eifrig für die Sozialdemokratische Partei zu agitieren. In der Versammlung des Parteibereichs wurde auf das hochverehrte Interim im „Intelligenzblatt“ hingewiesen, in dem ein Herr von Wangerheim in Goslar sich erdreiste, kaum einige Tage nach der Auflösung der Parteifreiwilligen erneut für Parteifreiwillige zu werben. Die Unberücksichtigung der Junfer spottet jeder Beschreibung.

Kleine Chronik.

Die Falschmünzer von Neuhaldensleben. Der Aprilscherz der „Volksstimme“ über die entdeckte Fälscherei in Neuhaldensleben macht jetzt als ernstgemeinte Meldung die Kunde durch die Berliner Presse. Unter den Ueberführten „Eine Falschmünzerfälschung bei Magdeburg“, „Eine zwanzigköpfige Falschmünzerbande“, „Massenfälschungen von 50-Mark-Scheinen“, „Für 8 Millionen Mark Falschgeld beschlagnahmt“ wird die Kunde von den Falschmünzern gebracht. Die Werfstätte war, so heißt es, mit dem „heilen Konfuzi der Neuzeit“ eingerichtet: elektrische Beleuchtung, modernste Druckerpressen mit Motorantrieb. Für die Leistungsfähigkeit dieser Fabrik zeugt die Beschlagnahme, es wurden für 8 Millionen Reichsmark Scheine gefunden! Und außerdem — zwei Maschinengewehre, acht neue Gewehre, 60 Handgranaten, 1500 Schuß Munition und einige Hund Sprengpulver...! Neuhaldensleben liegt etwa eine halbe Meile nordwestlich Magdeburg.

Doppelraubmord in Lübbenau. Der Hofschlächter Hennig aus Lübbenau (Oberlausitz) ist mit seinem Gefährten Schaper am 3. Osterfesttag bei Lübbenau (Spreewald) von einem Unbekannten, der sich Steinbrecher nannte, auf der Landstraße erschossen und seiner Barockuhr von 30 000 Mark beraubt worden. Der Täter hat die beiden Ermordeten telegraphisch mit der Forderung gestellt, einen großen Pferdeverkauf in die dortige Gegend gelockt. Von dem Verbrecher fehlt jede Spur.

Wettervorhersage.

Sonnabend den 10. April: Fortwauer des wolkigen, milden Wetters mit Regengüssen und Gewittern.

Die Reichswehr fand nichts mehr von der ganzen Herrlichkeit vor. 2 Bataillone Infanterie und 2 Batterien mit Minenwerfern, M.-G.s, Fernsprechanlagen und aller Bagage rüsten in die Stadt ein. Mittags fuhr auch ein Panzerzug in den Bahnhof ein. Es gab die Adelsführer, soweit sie noch nicht das Weite gesucht hatten, zu fassen und in den Besitz der Waffen zu kommen. Eine Anzahl Personen, die sich bei den Verhaftungen der Geiseln besonders hervorgetan hatten, wurden bald festgenommen.

Nach Blättermeldungen ist in Pisa, Florenz und Livorno der Generalstreik proklamiert worden. Auch die Eisenbahner nehmen daran teil. Die Blätter berichten weiter, daß in Bari ungefähr 10 000 Landarbeiter in die Staatsdomänen eingeschrieben sind. Die Truppen haben die Arbeiter umzingelt; man befürchtet, daß es zu Zwischenfällen kommen wird.

am Hauptbahnhof aufgestellten Tanks gezogen haben. In der Nacht zum Donnerstag ist eine weitere französische Division in Frankfurt eingetroffen. — Besprechungen in Berlin. Vertreter der Bergarbeiter und der Reichswehr haben mit der Reichsregierung Verhandlungen begonnen. Auch mit den beiden sozialistischen Parteien werden Besprechungen stattfinden. — Eisenwerkzeuge im Ruhrgebiet. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet sind Abgesandte der Entente eingetroffen, um die Räumung der neutralen Zone zu überwachen. Es wird mit aller Beschleunigung an der Neugestaltung des Sicherheitsdienstes auf der Grundlage der Vorkriegsbestimmungen in den einzelnen Städten gearbeitet. Wo staatliche Sicherheitspolizei vorhanden ist, wie in Duisburg und Dinslaken, wird diese vorläufig zum Polizeidienst verwendet. —

Staleni in Zudungen. Der „Avanti“ veröffentlicht folgende Erklärung: „Die Leitung der sozialistischen Partei Italiens nimmt an, daß die fortwährenden Vergewaltigungen und Exzesse, die sich in verschiedenen Teilen Italiens immer wiederholen — alles Ansehen, die auf die immer schwerer werdende Lage hinweisen — zu einem revolutionären Ausgang führen müssen. Deshalb hält die Parteileitung es für dringend notwendig, daß sich das Proletariat auf eine geschlossene Aktion vorbereitet, um sich die Achtung der öffentlichen Freiheit zu erzwingen, die bürgerliche Reaktion zu erschmeltern und die kapitalistische Regierung niederzuschlagen.“

Notizen. Polizeipräsident Ernst zur Disposition gestellt. Die preussische Staatsregierung hat beschlossen, den bisherigen Polizeipräsidenten von Berlin, Genossen Eugen Ernst, zur Disposition zu stellen und an seiner Stelle den Polizeipräsidenten von Charlottenburg, Genossen Richter, zugleich zum kommissarischen Polizeipräsidenten von Berlin zu ernennen. Genosse Ernst war bisher nur beurlaubt. Er wird auf seinen Posten nicht zurückkehren. — Geheimpolizei in Frankfurt. Der französische Befehlshaber des Bezirks Frankfurt hat angeordnet, daß die uniformierten Deutschen, die der Heeresmacht, Polizei, Feuerwache, der Zoll- und der Festungsverwaltung angehören, zum Grube der Fahnen und der uniformierten Offiziere der alliierten Mächte verpflichtet sind. Donnerstag früh wurde am Hauptbahnhof in Frankfurt eine Frau durch den Fuß geschossen und etwas später ein junges Mädchen erschossen, weil sie die Absperrungslinie überschritten hatte, welche die Franzosen um die

England macht nicht mit. W. L. D. London, 8. April. (Reuter.) Die englische Regierung befragte die Camber, daß sie die Frage der Autarkie in Deutschland anders beurteile als die französische Regierung. — Amerikanischer Friede mit Deutschland. W. L. D. Washington, 8. April. (Reuter.) Der Vorsitzende des Geschäftsausschusses, Campbell, eröffnete im Repräsentantenhaus die Debatte über die gemeinsame Resolution, in der der Kriegszustand mit Deutschland als beendet erklärt wird. Die republikanischen Führer glauben aufrichtig an die Annahme der Entschleunigung. Campbell erklärte, der Krieg sei tatsächlich beendet; daher sei es die Pflicht des Kongresses, dies zum Ausdruck zu bringen. Die Annahme des Beschlusses zur Geschäftsordnung, in der die Debatte auf 9 Stunden beschränkt wird, mit 218 gegen 165 Stimmen (wobei sechs Demokraten mit den Republikanern stimmten) deutet darauf hin, daß die Entschleunigung morgen angenommen wird. —

Schultaschen

in denkbar größter Auswahl!



Rugotehal
Magdeburg, Johannisbergstraße 2.

Fische bedeutend billiger

Empfehle große Sendung
Fluß- u. Seefische
Branche, Plöge, Ferner prima Kabeljau mit Kopf 2.20, Schellfisch 2.20, Dorsch 2.20, Schollen, Störzungen, Großen Schellfisch und Kabeljau Pfund 2.50

Berta Weiss, Große Junferstraße 8.

Abholung! Abholung!
Zeitungspapier
zusammengebunden 778

Pfund 30 Pfg.
Alfred Limmer, Schwerfegerstraße 13
Telephon 6629

Frauenhaare

kaufe ich auch die kleinsten
Posten pro 100 Gramm M. 4.00 bis M. 5.00
die besond. langen, ausgekämmt
haar haben, erhalt. f. 100 Gr. M. 6.00

Willi Träbert, Prälantenstraße 18
gegenüber Beckers Wirtshaus.

Riefen-Brennholz

in Sägestücken, auch gehackt, liefert preiswert von
10 Zentner anwärts, für Industrie, Bäckereien und
Dampfheizungen passend.
Sägestämme pro Zentner 6.50 Mark.

R. Babelt, Banckstraße Nr. 16
Dampfsägewerk. — Telephon 7448.

Brennholz

Industrien, Bäckereien, Zentralheizungen
in Buche, Eiche, Birke und Kiefer liefert sofort in jeder
gewünschten Länge

Carl Wiemann
Kohlenhandlung, Brennholz-Spalt- u. Sägewerk
Mogauer Straße 22 — Tel. 7024.

Zigaretten

aus hellem Tabak, ohne
Nunbrot, von 16 Pf. an

Zigarren
sehr hochwertig

Zigarillos
sehr preiswert.

Reiner Rauchtabak
Feinschnitt, Pfund 25 M.

Robert Freye
Tabakwaren-Großhandlung,
Schneeberger Straße 94
Münstiger Einkauf
für Wiederverkäufer.

Trauer-

Hüte, Kleider, Blusen,
Röcke, Schleier, Hand-
schuhe, Krepps, Schürzen usw.
In allen Preislagen u. größter Auswahl

Schnellste Anfertigung v. Trauerkleidern

Lange & Münzer

Breiteweg 51, 51a, 52 146

Entferne

persönlich unter voller Garantie
Tätowierungen u. Warzen
(kein Stechen, kein Schneiden, werden
unspürbar beseitigt). Täglich von
10 bis 7, Sonntags von 10 bis 1 Uhr.

**Fritz Willi Arnold (früher Lüdler),
Johannisstraße 11, Farnut 2928.**

Bekanntmachung.

Zwecks Neuordnung des Wäldergeldes für die Erdkröden
findet in der Woche vom Sonntag den 11. bis Sonntag
den 17. April eine Versteigerung statt.

Alle Wäldergeldpflichtigen werden ersucht, den vom
Magistrat beauftragten Beamten Auskunft zu erteilen.
Magdeburg, den 7. April 1920. Der Magistrat.

Ziegen- und Ziegenlämmerfelle

kauft zu hohen Preisen

Alfred Limmer
Schwerfegerstraße 13.
Tel. 6629.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

— Verwaltung Magdeburg. —

Geschäftsstelle: Große Mühlstraße 3, I. — Geschäftsstunden:
Montag bis Freitag von 10 bis 5 Uhr, Sonnabends von 10 bis 4 Uhr.
— Sonntags geschlossen. — Telephon 1912. —

Am Sonntag den 10. April, abends 9 Uhr, in
Niederbörsen des Köppe

Bezirksversammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Neu-
mann. 2. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.

Sonntag den 11. April, vormittags 10 Uhr
Branchenversammlung
aller in der elektronischen Industrie
Beschäftigten

im Restaurant „Monopol“, Wilhelmstraße. Tages-
ordnung: 1. Berichterstatter über die Tarifverhand-
lungen. 2. Branchen- und Verbandsangelegenheiten. 3. Ver-
schiedenes.

Sonntag den 10. April, abends 7 1/2 Uhr
Branchenversammlung
aller Bauhofsler Magdeburgs
im Lokal Bürgerhaus, Stephansbrücke 35.

Tagesordnung: 1. Bericht der Lohnkommission
über die Tarifverhandlungen. 2. Branchenangelegen-
heiten und Verschiedenes.

Bezirk Heyendorf-Sohlen und Döbendorf.
Sonntag den 11. April, nachmittags 4 Uhr,
bei Wuttke in Cöblen

Bezirksversammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Kaufers.
2. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.

Dienstag den 13. April, abends 7 Uhr,
in Höhenbörsen bei Esch.

Bezirksversammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Hoff-
mann. 2. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.
Wir bitten für regen Besuch sorgen zu wollen.

Die Verwaltung

Engl. Zigaretten

die bekann. in Marken in
Giantol, wieder eingetroffen

Frau Gertrud Gue
Wismarsstraße 44, 2 Et.

Gebrauchte Güter

(Papier und Tüte)
und Sachkumpen
kaufen jeden Posten 780

Rosholder & Kesten
Fertigpreis 7070
Magd., Wismarsstr. 16.

Volkswirtschaftslehre

von
Professor Dr. C. J. Fuchs
M. 2.00 — empfehle

Buchh. Wolffstimm

Statt Karten.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die
zahlreichen Kranzspenden beim Selbengang meines lieben
Entschlafenen sage ich hiermit allen Verwandten, Freunden
und Bekannten, den Bewohnern des Hauses Wismarsstr. 22
sowie seinen Kollegen der Firma Schaffer & Budenberg,
dem Holzarbeiterverband, den Vorgesetzten und dem Personal
der Firma R. Wehler & Co. meinen herzlichsten Dank.
Insbesondere der Schwester Frieda für ihre liebevolle Pflege.
Auch Herrn Pastor Martin für seine trostreichen Worte in
der Kapelle und am Grabe.

Frau Luise Zachert
geb. Benede.

Einwohnerwehr Magdeburg

Abteilung 8 (Sudenburg).

Versammlung

am Montag den 12. April 1920,
abends 7 1/2 Uhr, im Cölzeller.

Erfolgreich unbedingt erforderlich, da Reineinstellung
der Abteilung. — Ausweise mitbringen.
Der Abteilungsführer.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

— Verwaltung Magdeburg. —

Geschäftsstelle: Große Mühlstraße 3, I. — Geschäftsstunden:
Montag bis Freitag von 10 bis 5 Uhr, Sonnabends von 10 bis 4 Uhr.
— Sonntags geschlossen. — Telephon 1912. —

Am Sonntag den 10. April, abends 9 Uhr, in
Niederbörsen des Köppe

Bezirksversammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Neu-
mann. 2. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.

Sonntag den 11. April, vormittags 10 Uhr
Branchenversammlung
aller in der elektronischen Industrie
Beschäftigten

im Restaurant „Monopol“, Wilhelmstraße. Tages-
ordnung: 1. Berichterstatter über die Tarifverhand-
lungen. 2. Branchen- und Verbandsangelegenheiten. 3. Ver-
schiedenes.

Sonntag den 10. April, abends 7 1/2 Uhr
Branchenversammlung
aller Bauhofsler Magdeburgs
im Lokal Bürgerhaus, Stephansbrücke 35.

Tagesordnung: 1. Bericht der Lohnkommission
über die Tarifverhandlungen. 2. Branchenangelegen-
heiten und Verschiedenes.

Bezirk Heyendorf-Sohlen und Döbendorf.
Sonntag den 11. April, nachmittags 4 Uhr,
bei Wuttke in Cöblen

Bezirksversammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Kaufers.
2. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.

Dienstag den 13. April, abends 7 Uhr,
in Höhenbörsen bei Esch.

Bezirksversammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Hoff-
mann. 2. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.
Wir bitten für regen Besuch sorgen zu wollen.

Die Verwaltung

Zierfische

und Wasserpflanzen
empfehle in großer Auswahl
6802 Zierfischzuchtverein

Karl Zeller
Pestalozzi-Str. 33. Farnut 6043

Sutterfische

große und kleine, zu verkaufen
im Kar. Meibauer, Groß-
Stobendebenen.

la. Ferkel u. Polke

stehen preisw.
zum Verkauf

Ab. Deuede
Eggenstr. 2

Gänseküken

täglich bei
830

G. Rinabe, Langenweddingen

Gänseküken

alle Säge bei
778

Christoph Hinst
Wismarsstr. 16. Tel. 466.
Montag und Sonnabend im
Restaurant zur Börse, 25.

10 000 Mark Belohnung!

Auto gestohlen!

In der Nacht vom 1. zum 2. April wurde aus der Garage
Berlin-Grünwald, Hohenzollernstr. 91, nachfolgendes
Auto gestohlen: 1440 P. S., Ford-Sport-Panzer,
braungrün lackiert, rote Räder, schwarzes Lederfell,
braune Kunstleder-Polsterung, Original-Horn-Räder,
Motor-Nr. 248, Fahrgestell-Nr. 2313, Polizei-Nr. I 4037.

Obige Belohnung habe ich für die Herbeiführung
dieser entsprechenden Belohnung für wertvolle Mit-
teilungen. Obiges Auto wurde am 5. 4. morgens gegen
11 Uhr in Burg bei Magdeburg gesehen.

Bernhard Tschoka, Berlin-Wilmersdorf, Kaiser Straße 1.
Telephon: Pfalzburger 3595 u. 3739, Wilhelm 5468.

Arbeitsmarkt

Junge Frau mit Kind sucht
Stellung. Näg. d. Frau Ida
Werner, Amalienstr. 58, 798

Gaub. ja. Mädchen

als Stütze für sofort gesucht.
(Fam.-Anschl.) Beckmann,
Tischlerstraße 12, 2 Tr. 765

Geübte Packerinnen

sie bereits in großen Warengeschäften
tätig gewesen sind, für sofort oder
später gesucht. — Persönliche Vorstellung
von 10 bis 12 und von 4 bis 6 Uhr.

Lange & Münzer.

Lange & Münzer

Breiteweg 51/52

Preiswerte Damen-Bekleidung

Farbige Waschblusen

- Leinen-Blusen Sportform, in verschiedenen Farben . . . 17⁵⁰
- Waschblusen mit rundem Ausschnitt und 1/2 Aermeln . . . 27⁵⁰
- Schoßblusen aus basifarbenem Leinen mit bunter Stickerei 35⁰⁰
- Krepon-Blusen in vielen Farben, mit schwarz/weißer Paspellerung . . . 45⁰⁰

Weisse Waschblusen

- Blusen aus weißem Batist, Vorderteil und Aermel reich bestickt . . . 37⁵⁰
- Blusen aus gesticktem Batist, jugendliche Form . . . 49⁵⁰
- Blusen aus weißem Volle, mit bunter Stickerei und Knopfgarnierung . . . 59⁰⁰
- Blusen aus besticktem Volle, mit rundem Ausschnitt und 1/2 Aermeln . . . 69⁰⁰

- Jackenkleider aus melleren Stoffen, reich garniert . . . 248⁰⁰
- Jackenkleider aus melleren Stoffen, mit reicher Tressen- und Knopfgarnitur . . . 330⁰⁰
- Jackenkleider a. farbigen u. schwarzen Stoffen, mit Stepperel und Knöpfen garniert 550⁰⁰
- Mäntel aus farbigen Rippsstoffen, mit Gürtel . . . 298⁰⁰
- Mäntel aus karierten Gummistoffen, mit breitem Kragen und Gürtel . . . 365⁰⁰
- Mäntel aus grünmelleren Stoffen, moderne Form, offen und geschlossen zu tragen . . . 475⁰⁰

Schleierstoff-Kleider

- Kleider aus weiß besticktem Batist, jugendliche Machart . . . 138⁰⁰
- Kleider aus farbigen Schleierstoffen, mit rundem Ausschnitt und Spitzeneinsätzen . . . 198⁰⁰
- Kleider aus dunkeln Schleierstoffen, mit weißer Paspellerung und Knopfgarnierung . . . 245⁰⁰
- Kleider aus dunkel getupften Schleierstoffen, mit Ritschengarnierung . . . 350⁰⁰

Wollstoff-Kleider

- Kleider aus schwarzen Wollstoffen, in moderner Verarbeitung . . . 390⁰⁰
- Kleider aus farbigem Wollkrepp, Kittelform, mit Lackgürtel . . . 450⁰⁰
- Kleider aus einfarbigen Stoffen, reich garniert . . . 690⁰⁰
- Kleider aus schwarzen Wollstoffen, in eleganter Machart . . . 790⁰⁰

Ein günstiges Angebot

das Jedermann Interessiert!

3 Serien Loden-Mäntel

- aus guten, wasserdichten Stoffen in oliv und marengo
- Serie I 245 Mk.
- Serie II 325 Mk.
- Serie III 390 Mk.

3 Serien Knaben-Anzüge

- aus haltbaren, blauen und farbigen Stoffen, in allen neuen Fassons
- Serie I 95 Mk.
- Serie II 168 Mk.
- Serie III 215 Mk.

Durch meine großzügigen Einkäufe bin ich in der Lage, Ihnen durch obiges Serien-Angebot erneut meine große Leistungsfähigkeit zu beweisen. Ein kleiner Teil ist in meinen Schaufenstern ausgestellt.

Heinrich Casper

Magdeburg, Breiteweg 133.

Trauersachen färbt in 3 Tagen

Andro Farben schnellstens. Gegen Abhandlung können worden die Sachen versichert. Färberei Dalichow Fabrik Magdeburg-N. Lüneburger Straße 88. Laden in Magdeburg: Kronprinzenstraße (Ecke Bahnhofstraße), Schwilbogen 1, Haselbergplatz (Ecke Taubentanzstr.), Lüneburger Straße 25a und 28. — Telefon 4019. 787

ff. Liköre

Rognak-Weinbrand — Rognak-Verschnitt
Rum — Fruchtsekt — diverse Weine
offert billigst
Zitrusfabrik und Weinhandlung A. Schiller Nachfl.
Dr. Ringstraße 11, erster Laden von Ecke Raiserstr. Fernruf 1213.
Flaschen mitbringen.

Rüchen-Einrichtungen
600 Mark an bis 2500 Mark
Schlafzimmer, komplett
Speisezimmer, Esszimmer
Küche, Sofa, Ausziehtisch
sowie alle Einzelmöbel
zu preisenwert.
Reinhold Fey, Tischlermeister
Gröbingerstr. 11, b. Reibholz

Meyer Michaelis

Lederhandlung
Magdeburg, Große Marktstraße 16
gegründet 1864. Fernspr. 1424
Günstigste Bezugsquelle
für
Leder und sämtliche Schuhmacher-Bedarfsartikel.

Dachpappen
Dachlatten
Mähmaschinen
Fabrikanten mit Gummi, Lack
Reparaturwerkstatt für Nähmasch.
Güte, Reiterstraße 27, 28
Stalbecher, Oivenstedter Str. 6.

1 Waggon Steingut

Verkauf

Waschgarnituren 48⁵⁰
bet. St. mit groß. Becken 10

Waschgarnituren 55⁵⁰
creme Gold, St. mit gr. Becken 10

Waschbetten creme 10⁵⁰
bunt, 32 cm groß. St. 10

Waschtannen 3⁵⁰
von Garnituren. St. 3

Balkonkasten 3⁹⁵
70 cm lang, grün gestrichen. St. 3

Sab Schüsseln weiß, Sab = 6 St. 12.75

Sab Schüsseln bunt, Sab = 7 St. 19.75

Ekteller mit bunter Kante. St. 2.10

Ekteller weiß. St. 1.95

Suppenschüsseln weiß. St. 4.50

Kaffeeteller weiß. St. 60

Rüchen- od. Schlafzim.-Stühle 68.50
massiv, Buchenholz, beste Verarb. St. 68.50

3. Etage

Rüchegarnituren 92⁰⁰
creme, 22teilig. St. 92

Sab- u. Mehlresten 5⁵⁰
weiß. St. 5

Milchtöpfe 10⁵⁰
bunt. Sab = 6 St. 10

St. u. Deckel 75
weiß und bunt. St. 75

1/1 Selt-Flaschen St. 1.05 Mk.

1/1 Weißwein-, Rotwein-, St. 65 Mk.
Rognak-Flaschen

Drummen, Milch, Portwein, Burgunder,
sowie sämtliche 1/2, 1, 1.5 Liter-Flaschen

Altmefalle Kupfer, Messing, Rotkupf. Blei, Zinn, Aluminium, Stannol und Glanzpulver
Altpapier Zeitungen, Zeitschriften, Altm. Geschäftspapier,
Pappabfälle, Papierabfälle sowie sämtliche Sorten
Felle, Häute, Lumpen, Wolle kaufen

Sorger & Freund

Schneeßstraße 12.
Geneser 772 u. 654. Jeder Posten wird kostenlos abgeholt.

Bohnerwasch 4.75
Stoff-Farben alle Farben Beutel 68

Weichpulver 25
Waschblau in Leinenbeutel Beutel 30

Streichhölzer

Patet 3.50

Maschinengarn

schwarz und weiß

Wollstühle 1.45
Borax Patet 70

Butterbrotpapier 100 Blatt 1.75
Rasierseife St. 4.50 3.95

Raphael

Breiteweg 61

Wittkowskfi

G. m. b. H.

Breiteweg 61